März/April 2017 • # 1054/1055

Bürger initiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Gorleben Rundschau

Gorleben

Viele Veranstaltungen gab's während der Erinnerungswoche anlässlich des 40-jährigen Jahrestags der Standortbenennung Gorlebens. Highlight war die Demo an den Anlagen.

Tschernobyl

Literatur-Nobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch berichtet über ihre Besuche am havarierten AKW und ihre Erfahrungen mit Volk und Machthabern in Weißrussland und der Ukraine.

Fukushima

Der japanische Investigativ-Journalist Tomohiko Suzuki hat das Unvorstellbare getan: Er war Arbeiter in der AKW-Ruine. Sein Buch darüber ist jetzt in deutscher Sprache erschienen.

Bluesrock für den Widerstand

Eigentlich ist die PAPPNOSE bluesband ja ziemlich fest verwurzelt im tiefsten Barmbek. Auf dem Fußballplatz und in den Kneipen des Hamburger Arbeiterviertels röhrt unser Bluesrock durch die Nächte, und die Fans kennen sich alle mit Namen.
Dass wir hier ins Wendland kamen, verdanken wir unserem Schlagzeuger: Der war schon länger unterwegs in Sachen Gorleben-Proteste und schnackte im November 2010 ein paar von uns mit zum Castor-Protest in den Landkreis.
Als er im Jahr darauf mit seiner Familie ganz herzog, halfen wir von der Band natürlich beim Kistenschleppen und freuten uns, das Wendland mal bei Sonnenschein kennenzulernen.
Wenig später gaben wir das erste Konzert auf dem Küstener Dorfplatz zur Kulturellen Landpartie. Das Dorf und allerhand Leute mehr kamen zusammen, tanzten, feierten und freuten sich über den erdigen Bluesrock.
Seitdem ist die PAPPNOSE bluesband ein Teilzeit-Wendland-Ensemble, das sich in den Tagen zwischen Christi Himmelfahrt und Pfingsten mit Kind, Kegel und Wohnwagen nach Lüchow-Dannenberg begibt und ein paar Tage vom Wendlandbräu lebt. Auch ein paar Barmbeker Fans sind stets mit von der Partie und fahren nun mit gelben Xen am Auto durch die Gegend.
In diesem Jahr werden wir die BI zum 40-jährigen Bestehen hochleben lassen und Anfang Juni auf dem Gorleben-Tag spielen. Unser Respekt gilt der unerschrockenen und geduldigen Art des friedlichen Widerstands, der im Wendland an so vielen Stellen anzutreffen ist. Macht weiter so!

Wir sorgen für die Musik.

Fotos Cover und S. 3: PublXviewinG, Foto S. 2: Privat

Martin Donat, Vorsitzender der BI Lüchow-Dannenberg

Im Wendland sind Generationen mit Castortransporten und Atomwiderstand herangewachsen, und Gorleben war über Jahrzehnte der überregionale Fokuspunkt der gesamten Anti-Atom-Bewegung. Das bleibt zwar in alter Verbundenheit auch bei vielen unserer Freunde noch so, aber ohne Castortransporte ist dennoch für alle spürbar, dass der aktive Widerstand sich stärker ins Regionale oder eben auch ins Überregionale verlagert, wenn die Novembertreffen ausbleiben. Bei Fukushima-Mahnwache, Sonntagsspaziergang, Gorleben-Gebet drängen wir Wenden zwar wie eh und jeh mahnend und protestierend und zu Demos und dem Gorlebentag der Kulturellen Landpartie auch massenhaft auf die Straße, aber zukünftige Atommülltransporte werden den Süden treffen, und der europäische Atomausstieg muss in Gronau und Lingen erkämpft werden. Für eine kommende Generation ist – zu Unrecht! – der Atomausstieg schon jetzt ein Thema von gestern und Dekarbonisierung, also der Ausstieg aus fossilen Energieträgern, – zu Recht! – das Thema ihrer Zeit.

Wenn wir bis jetzt und mindestens auf absehbare Zeit ein Endlager in Gorleben verhindert und einen wesentlichen Beitrag für ein starkes gesellschaftliches Klima in Richtung eines Atomausstiegs geleistet haben, so haben wir das auch der Tatsache zu verdanken, dass wir 40 Jahre lang stets spürbar auf der Straße präsent waren und mit starken Partnern Proteste für eine gerechte, ökologisch intakte und nachhaltige Welt ohne Atom organisiert haben. Wir haben aber auch im politischen Raum gewirkt, außerparlamentarisch und in die Parlamente hinein. Daran gab es bisweilen Kritik, zumal es sich oft als schwierig erwies, zum Beispiel die komplexen Hintergründe und Details des parlamentarischen Verfahrens zum Stand-AG anders als scherenschnittartig zu transportieren oder externen Kritikern nicht Stoff für das Totschlag-Argument zu liefern, wir wollten ja nur unsere „Partikularinteressen“ durchsetzen.

Ein ehrenamtlicher Vorstand allein kann gar nicht alle Anforderungen erfüllen. Wir sind zwingend auf eure Hilfe und Mitarbeit und auf Verstärkung angewiesen. Dabei würden wir uns wünschen, wenn die Kritiker/-innen sich auch selbst noch mehr engagieren und uns helfen würden, uns noch pluralistischer aufzustellen. Auch wenn wir unweigerlich Diskurse untereinander auszutragen haben, sollten wir darüber nicht vergessen, dass die Gegner einer ökologischen Welt doch ganz woanders sitzen.

Impressum

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V.,
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
redaktion@gorleben-rundschau.de
service@gorleben-rundschau.de

Redaktion: Andreas Conradt (ac), Torsten Koopmann (kp) (beide verantwortlich, Adresse wie vor), Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh), Torben Klages (tk)
Weitere Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe: wie namentlich gekennzeichnet
Gestaltung: Andreas Conradt

klimaneutral gedruckt

Druck: dieUmweltdruckerei GmbH
Lohweg 1, 30559 Hannover
Auflage: 5200, gedruckt auf Recyclingpapier Circle Matt White
Weitere Infos, Leserbriefe und Feedback auf der Website:
www.gorleben-rundschau.de

Gorleben Archiv
Unsere Geschichte

Bevor es zu 1004 kam, war Ostern, und in der Nacht zum 8. April 1980 bereiteten rund 1500 Frauen aus dem In- und Ausland der Polizei an der Tiefbohrstelle 1003 in Gorleben eine ziemlich unruhige Nacht. Aus Marmeladeneimern und Waschmaschinentrommel dröhnte ein ohrenbetäubendes Klappern, Pfeifen und Getöse über die Gorlebener Waldbrandfläche. Als dann auch noch schauriges Wolfsgeheul angestimmt wurde, beendeten die Beamten die nächtliche Ruhestörung mit dem Auffahren ihrer Wasserwerfer.
Warum so viele Frauen im Gorlebener Wald nach Mitternacht? Zu Ostern 1980 hatten die Gorleben-Frauen aus Lüchow-Dannenberg ein internationales Treffen organisiert, zu dem mehr als 3000 Frauen kamen. Eine Aktion unter den vielzähligen Veranstaltungen war eben dieser Nacht-Spaziergang zum Bohrplatz.
Eine Fülle von Programmpunkten rund um die Atomkraftnutzung gestaltete das Treffen zu einer bunten Demonstration der verschiedensten Teile der Frauenbewegung. Violette Fahnen mit Frauenzeichen neben Treckern der Landfrauen mit Bundschuhwimpeln, Clown-Theater für den Gebärstreik und Ostereiermalen für die Kleinsten.
Das Anti-Atom-Osterfest gegen die geplante Atommülldeponie endete mit einer von 5000 Menschen besuchten Demonstration. Eine Rednerin: „Wir wehren uns gegen das Bild von der sanften und friedfertigen Frau. Wir sind wütend!“ Und: Es wurde zu einer Besetzung des Bohrplatzes 1004 aufgerufen.
Lilo Wollny: „Wir hatten niemals mit so vielen Frauen gerechnet, und Irritationen in der Landkreisbevölkerung blieben natürlich nicht aus.“ (bh)

Vortrag
e-Ventschau Spezial

Im kleinen Dörfchen Ventschau am äußersten östlichen Rand des Landkreises Lüneburg gibt es außer dem jährlichen e-Ventschau-Festival weitere Veranstaltungen: Unter dem Titel „e-Ventschau Spezial“ ➲1 wird der Journalist Alexander Tetsch am 23. April einen Vortrag halten. „Gewohnt spannend, aufrüttelnd und berührend!“, so die Veranstalter. „Tetschs Vorträge werden immer aktualisiert und zeigen, warum es sich lohnt, sich für die Menschen und gegen den Atomwahnsinn zu engagieren!“ Zum Abschluss gibt es Live-Musik des Trios Brass Riot. Der Vortrag „Was Sie schon immer über das Atom wissen wollen, aber nicht zu fragen wagten“ beginnt um 15 Uhr auf dem Hof Thiele, Am Bruch 1 in Ventschau. (pm)

Protest und Kultur
Aktionen in Brokdorf

Im Falle eines schweren Nuklear-Unfalls im AKW Brokdorf müsste Norddeutschland evakuiert werden – von Flensburg bis Hannover, von Emden bis Schwerin. Darauf weist die Initiative „AKW Brokdorf abschalten“ hin. Sie lädt darum erneut zur Protest- und Kulturmeile ➲2 anlässlich des 31. Jahrestages der Katastrophe von Tschernobyl ein. Kultur, Musik, Informationsstände, Essen und Trinken, Kundgebungsbeitrage und der Bau einer „Mauer“ vor dem Tor 2 des AKW Brokdorf sind die Programmpunkte auch in diesem Jahr. Die Meile öffnet am Sonntag, dem 23. April, und zwar symbolhaft um 2 Minuten vor 12. (pm)

Foto: PubliXviewinG, Neureuters.de

Neuer Flyer
StromweXel

Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg hat einen neuen Flyer ➲3 herausgebracht, der Interesierte beim Wechsel des Stromanbieters unterstützen soll. „StromweXel heißt für uns auch, dass die großen Anbieter EnBW, Vattenfall, E.ON und RWE mit ihren neuen Ökostrom-Ablegern keine Option sind. Das Abwälzen der Folgekosten und die Ablehnung der Verantwortung aus wirtschaftlichen Interessen verdienen keinen Cent Unterstützung.“ (gr)

Castor I
TN85 direkt betroffen

Der Pfusch bei der Herstellung von AKW-Bauteilen in der französischen Stahlgießerei Creusot Forge scheint größer als zunächst angenommen. Nachdem Mitte letzten Jahres nur von Mängeln in der Dokumentation des beim AKW-Bau verwendeten Stahls gesprochen wurde, hielt der Vorsitzende der französischen Behörde für atomare Sicherheit (ASN), Pierre-Franck Chevet, die Situation in der französischen Atomenergieproduktion um den Jahreswechsel bereits für „sehr beunruhigend". Mittlerweile meldet das französische Fernsehen ➲[4], dass der mangelhafte Stahl von AREVA auch zur Fertigung der Castorbehälter TN85 verwendet wurde. Unklar ist zurzeit noch, wieviele und welche Behälter an welchen Standorten betroffen sind. Im Zwischenlager Gorleben befinden sich derzeit neun Castoren TN85. Die Befürchtung im Wendland: Wären die dortigen Behälter betroffen, dann könnten sie ihre verkehrsrechtliche Zulassung verlieren und stünden „auf ewig" in der Castor-Halle. (we, ac)

Castor II
Nun doch keine Eile

Die Castortransporte mit mittel- und hochradioaktivem Atommüll aus den französischen und englischen Wiederaufarbeitungsanlagen (WAA) werden nicht vor dem Jahr 2019 stattfinden. Die Lagerbetreiber haben bislang noch keine Anträge beim Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit gestellt. Außerdem sind technische Probleme zur Beladung der Behälter nicht geklärt. Die 26 Castoren sollen in den

Zwischenlagern an den Atomkraftwerken Philippsburg, Brokdorf, Biblis und Isar aufbewahrt werden. Hintergrund ist die Änderung des Atomgesetzes: Gorleben soll als Zwischenlager für die WAA-Abfälle nicht mehr angefahren werden. (we)

Hamburger Hafen
Aktions-Zugfahrt gegen Atomtransporte

Die Hamburger Aktionsgruppe „Systemoppositionelle Atomkraft Nein Danke" (SAND) ➲[5] hat Ende Februar an einer internationalen Aktions-Zugfahrt gegen Urantransporte teilgenommen. Hintergrund waren die unverändert stattfindenden Transporte von Uranerzkonzentrat aus Namibia, die die Rederei MACS (Maritime Carrier Shipping) im Hamburger Hafen umschlägt und per Zug zur AREVA-Uranfabrik in Narbonne in Frankreich bringt. Ein weiterer Transport ist kurze Zeit später mit dem Frachter „Kholmogory" aus St. Petersburg in Hamburg eingetroffen. (ac)

BI-Büro
Aktion und Politik

Da Aktionen am Jahresanfang rar gesät sind, wird die Zeit oft genutzt, um sich abzustimmen. Mit Blick auf 40 Jahre Standortbenennung und BI, einer Fukushima-Demo, dem Gorlebentag und einem Anti-Atom-Camp, verbrachten viele Menschen ihre Zeit in AGs – regional und überregional.
Für einen grandiosen Start ins neue Jahr sorgte nicht nur die Vielzahl der Teilnehmer/-innen beim Neujahrsempfang, sondern die sonst so beschauliche Öko-/Politfilmreihe. Erstmals mussten wir Zuschauer/-innen nach Hause schicken und zeigten den selben Film zwei Mal: „Tomorrow", begeisterte im Januar und Februar. „Volle Hütte" auch beim Auftakt der Aktionswoche zur 40-jährigen Standortbenennung Gorlebens. 120 Trecker ließen in Gorleben war nur noch eine Handbreit Platz zwischen den hohen Reifen. Die klare Botschaft: „Wenn's drauf ankommt, sind wir da!". Selbiges gilt auch für das Gesetzgebungsverfahren, das die Suche nach einem Langzeitatommülllager regeln soll. Obgleich seit vier Jahrzehnten aus dem Wendland heraus interveniert wird, verharrt die Politik und lässt keinen Raum für eine demokratische Atommüllpolitik. Dies wurde auch noch einmal deutlich bei der Betrachtung des Nationalen Begleitgremiums, das zunächst zu einer Anhörung besucht und dann bei der Atommüllkonferenz differenzierter betrachtet wurde. Es hilft eben auch kein gesellschaftliches Gremium, wenn die Politik ihm die Zähne zieht. Weniger zahnlos gestalten sich die Vorbereitungen zu den anstehenden Süd-Castoren. „Wir werden auch in Zukunft in der Lage sein, unsere atomkritischen Themen in der Gesellschaft zu platzieren, dafür brauchen wir keine Kommissionen." (tk)

Das Zwischenlager (Transportbehälterlager Gorleben, TBL) wird von der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) betrieben, die zu 98 Prozent den vier großen Energiekonzernen gehört. Es befindet sich nordwestlich der Straße von Gorleben nach Gedelitz und beherbergt:

- Das **Fasslager** zur Lagerung von schwach und mittel aktivem Müll. Die Nutzung begann 1984. „Blähfässer" aufgrund von Gasentwicklung in den Gebinden und der „Transnuklearskandal" machten das Fasslager bundesweit bekannt. Trotz Stopps der Castortransporte werden heute noch mehrmals im Jahr frische Gebinde angeliefert.
- Die oberirdische **Castorhalle** hat Platz für 420 Behälter. Bislang lagern dort schon 113 Castoren mit hoch radioaktivem Müll. Die Behälter stehen aufrecht und werden elektronisch überwacht. Kühlung erfolgt durch Umgebungsluft, die nach außen abgeführt wird. Gegen Angriffe ist die Halle nicht ausreichend gesichert. Zurzeit sind die Castortransporte ausgesetzt.
- In der **Pilotkonditionierungsanlage** (PKA) soll getestet werden, wie hoch radioaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann, denn die Castoren sind zu schwer und groß, um sie unter Tage zu bringen. Auch schadhafte Behälter könnten in der PKA repariert werden. Bislang ist die PKA noch nie benutzt worden und darum nicht kontaminiert. Die Technik der PKA gilt inzwischen als veraltet.

Südöstlich der Straße betreibt die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE) das so genannte Erkundungsbergwerk.

- Das **Bergwerk** wurde größer aufgefahren, als für die Erkundung nötig. Kritiker befürchten, dass das Endlager fast fertig gebaut ist. Derzeit ruht die Erkundung wegen des angeblichen „Neuanfangs" bei der Endlagersuche. Ein Rückbau der martialischen Sicherung ist angekündigt. Es befindet sich kein Atommüll im Bergwerk!

Gorleben I
Stein enthüllt

Ein lange verloren geglaubter Gedenkstein der Gorleben-Gegner ist wieder aufgetaucht und an einen neuen Platz gebracht worden. Der gravierte Findling wurde dem wendländischen Widerstand im Bundestagswahlkampf 1983 von den Grünen geschenkt. Er trägt die Inschrift: „Nur eine Gesellschaft, die im Einklang mit der Natur ist, kann eine menschliche sein." Nach feierlicher Enthüllung hat der Stein nun einen neuen Platz am Eingang des Restaurants „Bauernstuben" in Trebel. (ac)

Gorleben II
Kein Vorrang für Atom

Niedersachsens Landesregierung hat ein neues Raumordnungsprogramm verabschiedet. Auf den Planungskarten taucht Gorleben nicht mehr als Vorranggebiet für ein atomares Endlager auf. „Ich gehe davon aus, dass Gorleben als Endlager gestorben ist", erklärte dazu Christian Meyer (Grüne), der als Agrarminister auch für die Raumordnung zuständig ist. Mit dem Beschluss gibt es keine Einschränkungen mehr für die Planung des Bereichs durch den Landkreis. (gr)

Gorleben III
Camp und Festival

Vom 7. bis zum 16. August findet am Gasthaus Wiese in Gedelitz ein Anti-Atom-Camp ➲6 statt, zu dem Aktivist/-innen und Interessierte aus aller Welt eingeladen sind. Angeboten werden Vorträge und Diskussionen, Workshops und Aktionen zu den Themen Atommüll und -transporte sowie Uranbergbau und Menschenrechte. Die Veranstalter/-innen hoffen darauf, die Themen und Akteur/-innen des Wendlands einzubeziehen und eine Vernetzung kontinent- und themenübergreifend aufzubauen. Die Verpflegung wird durch eine VolXküche sichergestellt, ergänzend bietet das Gasthaus Wiese eine kleine Speisekarte.
Vom 11. bis zum 13. August findet zudem – eingebettet in das Anti-Atom-Sommercamp – das Free Flow Musikfestival statt. Dabei wird vor allem improvisierte, jazzige, ethnoide und psychedelische Musik zu hören sein. (pm)

> Die Atomindustrie leckt sich die Finger angesichts der 100 Milliarden Euro aus dem *Grünen Klima Fonds*

Klimagipfel
Bonn auf den Fidschis

Der diesjährige Weltklimagipfel wird zwar von Fidschi ausgerichtet, aus Platzmangel dort aber im November am Standort des UN-Klimasekretariates in Bonn ausgetragen.
Die BI Lüchow-Dannenberg sieht darin eine gute Gelegenheit, Seite an Seite mit einem der großen Leidtragenden der Klimaerwärmung für eine gerechtere Welt streiten zu können. „Und das, ja man muss es diesbezüglich inzwischen so sagen, mitten im Feindesland", wie Vorstandsmitglied Henrik Stern formuliert. „Wir werden mit der internationalen Kampagne ‚Don't nuke the climate' nach Bonn fahren, um uns einerseits mit der restlichen Klimabewegung Schulter an Schulter für mehr Klimaschutz einzusetzen und andererseits die Atomfrage auf die Agenda dieser Protestbewegung zu heben." Ein Grund dafür sei, dass es immer noch keine Regeln gebe, nach denen die jährlich 100 Milliarden Euro des „Grünen Klima Fonds" vergeben werden. Die Atomindustrie lecke sich schon jetzt die Finger danach und bringe sich, wie schon in Paris, in Position, sich als Klimaretter preisen zu lassen. „Das müssen wir verhindern, und das werden wir verhindern."
Wer die Kampagne tatkräftig unterstützen möchte, kann über das BI-Büro Kontakt mit den Organisator/-innen aufnehmen (Tel.: 05841 – 4684). (gr)

Fotos: PubliXviewinG, Privat

G20 in Hamburg
Grenzenlose Solidarität

Kriege und bewaffnete Konflikte wie in Syrien, in Kurdistan, im Irak oder der Ukraine scheinen kein Ende zu nehmen. Über 65 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Rassismus und offener Hass nehmen in vielen Ländern der Welt zu – auch in Deutschland.
Der menschengemachte Klimawandel ist eine unbestreitbare und bedrohliche Realität. Seine Auswirkungen sind schon heute spürbar und treffen vor allem diejenigen Menschen und Länder, die ihn am wenigsten verursacht haben. Dennoch passte die Bundesregierung ihren Klimaschutzplan den Interessen der Braunkohle-Industrie an. Im Weißen Haus sitzt mit Donald Trump sogar ein Präsident, der den Klimawandel für eine Lüge hält.
Die soziale Spaltung hat dramatische Ausmaße erreicht. Gerade einmal acht Männer haben mehr Vermögen als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.
Am 7. und 8. Juli wollen sich die politisch Verantwortlichen für dieses menschliche und soziale Desaster in Hamburg treffen. Auf ihrem jährlichen Gipfel reden die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten über „Bekämpfung von Fluchtursachen", aber keines der großen Herkunftsländer sitzt am Tisch. Sie reden über „Partnerschaft mit Afrika", aber es fehlt fast der gesamte Kontinent. Sie reden über den Klimawandel, vertreten aber die Interessen der Erdöl-, Kohle- und Autobranche. Und der Atomindustrie. „Da kommen wir ins Spiel", sagt Kerstin Rudel von der BI Lüchow-Dannenberg. „Mit einem Anti-Atom-Block voller Fahnen und Banner wollen wir demonstrieren, dass Atomkraft keine Option ist: keine Kohle, kein Gas, keine Atomkraft! Die Zukunft ist erneuerbar!"
Die Organisator/-innen laden ein, am 8. Juli in Hamburg zu einer lauten, bunten und vielfältigen Demonstration auf die Straße zu gehen. Die Bürgerinitiative wird Busse zur Demo bereitstellen, Infos zu Zeiten, Ablauf und Preisen finden sich ab April auf der Internetseite ➲3 der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. (gr)

Ob das Hamburger Wetter Protestformen zulässt, die beim G8-Gipfel in Elmau 2015 möglich waren, bleibt abzuwarten.

Die Bürgerinitiative bittet um Mithilfe:

Wenn ihr im Wendland auffällige Container-LKW mit dem Radioaktivitätszeichen seht, meldet euch bitte im BI-Büro und nennt Standort und Fahrtrichtung des LKW. Hotline: 05841-4684

Gorleben IV
Atom-Alarm in DAN

Erneut ist im Wendland ein Transport mir radioaktiver Fracht gesichtet worden. Es handelte sich offenbar um den Abtransport von Gebinden mit schwach- und mittelaktiven Abfällen aus dem Fasslager in Gorleben nach Duisburg. Nach verschiedenen Meldungen ans BI-Büro kann davon ausgegangen werden, dass der Transport über Dannenberg, Lüneburg und Winsen die Autobahn A1 erreicht hat und dann nach Süden gefahren ist. Der Transport erfolgte in üblichen Containern, die mit dem Radioaktivitäts-Symbol gekennzeichnet waren. (ac)

In drei Phasen werden die Suchräume zunehmend eingeengt. Die Vorschläge der Bundes-Gesellschaft für Endlagerung (BGE) werden am Ende jeder Phase vom Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) geprüft. Damit unterrichtet das Umweltministerium Bundestag Bundesrat. Jede Phase endet mit einem Gesetz.

1: Ermittlung der Standortregionen für die *über*tägige Erkundung
Die BGE sammelt vorhandene Geo-Daten und wendet festgelegte Kriterien und Anforderungen auf sie an. Dann veröffentlicht sie ihren Vorschlag für Teilgebiete, den die „Fachkonferenz Teilgebiete" aus Bürgern, Gemeindevertretern und Experten erörtert.
Die BGE führt Sicherheitsuntersuchungen für die Teilgebiete durch und entwickelt Programme für die übertägige Erkundung.
Nach Vorschlag der Standortregionen, richtet das BfE je eine „Regionalkonferenz" ein, über die die Öffentlichkeit Stellung nehmen und Nachprüfungen fordern kann.
Im „Rat der Regionen" kommen Vertreter der Regionalkonferenzen mit Vertretern der Zwischenlagergemeinden zusammen und begleiten das Verfahren aus überregionaler Sicht.

2: Ermittlung der Standorte für die *unter*tägige Erkundung
Die BGE erkundet übertägig, führt weiterentwickelte Sicherheitsuntersuchungen sowie sozioökonomische Potenzialanalysen durch.
Sie wendet zur Ermittlung der Orte für die untertägige Erkundung erneut Kriterien und Anforderungen an und erarbeitet Programme für die untertägige Erkundung.

3: Einengung und Festlegung des Standortes für die Endlagerung
Die BGE erkundet die Standorte untertägig, wendet festgelegte Prüfkriterien an, führt Sicherheitsuntersuchungen durch.
Sie wendet erneut die gesetzlich festgelegten Kriterien an und erstellt dann einen Standortvorschlag für das Endlager einschließlich eines zugrunde liegenden Standortvergleichs von mindestens zwei Standorten.

Nationales Begleitgremium
Dienstreise nach Berlin

Im Februar lud das Nationale Begleitgremium (NBG) [7] zu einer Anhörung in Berlin ein. Es soll unter dem Vorsitz der Professoren Klaus Töpfer und Miranda Schreurs als eine Art Scharnier zwischen der Öffentlichkeit

und dem Gesetzgeber den Suchprozess in den nächsten Jahren moderieren. Auch Vertreter/-innen des wendländischen Widerstands haben dabei über den Gesetzesvorschlag des Bundesumweltministeriums debattiert, den viele Atomkraft-gegner/-innen als Affront ansehen.

„Die Vorschläge der Endlagerkommission zur Novelle des Gesetzes wurden dermaßen entschärft, dass es uns als Kritiker des Suchverfahrens vollends auf den Plan gerufen hat", erklärt die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI).

Gegenüber dem NBG haben die Atomkraftgegner/-innen aus dem Wendland in der Hauptstadt dezidiert Stellung bezogen. Die erste Hürde und Bewährungsprobe dafür, ob das Nationale Begleitgremium in erster Linie mit sich machen lasse, was das Umweltministerium oder die Politik vorgibt, sei die Frage nach dem Selbstverständnis des Gremiums, das eigentlich zwischen Standortregionen und Bundestag vermitteln soll, dafür aber das Recht auf Akteneinsicht, die Gründung eines wissenschaftlichen Beirats und auch die Berufung eines Partizipationsbeauftragten haben müsse. Genau diese Rechte aber fehlen im Gesetzentwurf.

„Alles gestrichen", konstatierte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. „Wir sind nach Berlin gefahren, um über diese Lage mit dem Gremium zu debattieren." (gr)

30. Jahrestag
AG Schacht KONRAD

In diesem Jahr jährt sich die Gründung der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD [8] zum 30. Mal. Das Unglück von Tschernobyl im Jahr vor der Gründung hatte die Ablehnung der Atomtechnik tief in der Bevölkerung verankert. Diese zu binden war das Ziel der Gründungsmitglieder der AG im August 1987. „Die absolute Minimierung der Strahlenbelastung durch kerntechnische Anlagen" ist seitdem Satzungsziel. Während der Jubiläumskampagne werden Mitglieder der AG mit einem Infostand durch die Region reisen: zu kleinen und großen Festen und Veranstaltungen. „Wir möchten direkt vor Ort über unsere Aktivitäten informieren um dabei neue Aktive und Mitglieder zu gewinnen." Der Schwerpunkt der Arbeit liegt bei den Atomprojekten in der Region: KONRAD, Asse II, Morsleben (pm)

Jülich-Castoren
Nicht dieses Jahr

Im Wahljahr 2017 sollen die insgesamt 152 Castorbehälter mit Kugelbrennelementen aus dem Ex-Forschungsreaktor Jülich bei Aachen nicht ins Zwischenlager Ahaus transportiert werden. „Auf keinen Fall" sei ein Transport bis Ende des Jahres möglich, sagte der Technische Geschäftsführer der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen, Rudolf Printz, im Wirtschafts- und Energieausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags in Düsseldorf. Es seien bislang noch zahlreiche Punkte ungeklärt. (ac)

Veränderungssperre
Eigentlich nix Neues

Die Veränderungssperre für den Bereich um die Gorlebener Atomanlagen läuft Ende März aus und soll nicht verlängert werden. Darauf wies Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hin. Veränderungssperren werden häufig vor Beginn großer öffentlicher Bauvorhaben ausgesprochen, um Konflikte mit Maßnahmen auf privater Ebene oder von Gemeinden zu vermeiden. Was zunächst wie ein weiterer Sargnagel für den Standort Gorleben aussieht, erweist sich bei genauerem Hinsehen als geradezu irrelevant. Denn im Standortauswahlgesetz, das spätestens Ende März in Kraft treten soll, ist geregelt, dass faktisch das gesamte Bundesgebiet unter eine Veränderungssperre gestellt wird. Im Gesetz werden zwar keine Standorte namentlich genannt. Vielmehr sind alle Gebiete grundsätzlich „vor Veränderungen zu schützen", die die potenzielle Eignung zur Errichtung eines Endlagers besitzen. Tiefe Bohrungen sind damit im gesamten Bundesgebiet bis auf Weiteres nicht mehr zugelassen. Ausnahmen sind nur dort erlaubt, wo das Gebiet Mindestanforderungen für ein Endlager nicht erfüllt, bereits vorgeschädigt ist oder so groß, dass noch genügend Platz für ein Endlager bleibt. Mit der neuen Maßnahme sollen alle geeigneten Standorte geschützt werden, so dass Gorleben seine bisherige Alleinstellung zumindest in Bezug auf die Veränderungssperre verliert und wie alle anderen möglichen Orte behandelt wird. (gr)

Fotos: PublixviewinG, Schön

Linkliste

Alle Links zu dieser Ausgabe der GR gibt es gesammelt unter
www.gorleben-rundschau.de/links

[1] www.e-ventschau.de
[2] www.akw-brokdorf-abschalten.de
[3] www.bi-luechow-dannenberg.de/?page_id=12587
[4] http://france3-regions.francetvinfo.fr/normandie/manche/nord-cotentin/cherbourg-en-cotentin/anomalies-acier-trains-dechets-nucleaires-1188581.html
[5] https://sand.blackblogs.org/
[6] www.bi-luechow-dannenberg.de/?page_id=18040
[7] www.nationales-begleitgremium.de
[8] www.ag-schacht-konrad.de/
[9] http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/113/1811398.pdf

StandAG

In der Bewertung uneins

Anfang März haben CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN einen fraktionsübergreifenden Entwurf zur Fortentwicklung des Standortauswahlgesetzes ⊃9 in den Bundestag eingebracht. Danach soll bis zum Jahr 2031 auf Grundlage eines „wissenschaftsbasierten und transparenten Verfahrens" ein Endlagerstandort gefunden werden. Das novellierte Standortauswahlgesetz legt für die Endlagersuche die fachlichen Kriterien und Anforderungen fest. Das nehmen Politiker/-innen der genannten Parteien gern zum Anlass, den Konflikt um die Auseinandersetzungen um Gorleben für beendet zu erklären. Beim Querlesen der Pressemitteilungen und Stellungnahmen des besagten Tages von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) einerseits und Vertretern der Anti-Atom-Bewegung andererseits wird aber deutlich, dass der Streit noch lange nicht beigelegt ist. Die widersprüchlichen Bewertungen allein genügen, um Zweifel am Erfolg des so genannten Neustarts in der Endlagersuche aufkommen zu lassen.

BMU Barbara Hendricks: „Die Novellierung des Standortauswahlgesetzes ist das vielleicht wichtigste umweltpolitische Gesetz in dieser Legislaturperiode. Es ist der Startschuss für eine neue, offene und transparente Suche nach dem Endlagerstandort für die hochradioaktiven Hinterlassenschaften der Atomenergienutzung in Deutschland."

.ausgestrahlt-Sprecher Jochen Stay: „Das neue Gesetz atmet den alten Geist. Erneut werden Methoden gewählt, ein Atommüll-Lager durchzusetzen, statt eine gesellschaftliche Verständigung über den Umgang mit dem strahlenden Müll anzustreben."

Martin Donat, Vorsitzender der BI Lüchow-Dannenberg: „War (…) die so genannte Erkundung in Gorleben von der willkürlichen Vorfestlegung auf einen Standort ohne Alternativenprüfung geprägt, so ist das vom StandAG beschriebene Auswahlverfahren von der willkürlichen Vorfestlegung auf nur ein Lagerkonzept getragen, nämlich die Lagerung in einem Bergwerk, obwohl alle bisherigen Versuche in dieser Richtung fehlgeschlagen sind."

Hendricks: „Mit dem Gesetz stellen wir die Endlagersuche vom Kopf auf die Füße.
Leitprinzip ist die weiße Landkarte: Wir betrachten das gesamte Bundesgebiet. Wir bevorzugen keine Regionen. Wir schließen keine Regionen von vornherein aus."

Stay: „Die im Gesetz beschriebenen Auswahlkriterien sind so vage formuliert, dass jeder politisch ausgehandelte Standort damit legitimiert werden kann, eben auch Gorleben."

Hendricks: „Wir beziehen die Öffentlichkeit in jeder Stufe des Verfahrens ein."

Stay: „Die Klagerechte der Bevölkerung werden eingeschränkt. Die Bundesländer verlieren an Einfluss. So genannte Beteiligungs-Formate bieten keine Rechte auf Mitbestimmung. Die Bundesregierung und die Fraktionen, die den Gesetzentwurf in den Bundestag einbringen, haben nicht verstanden, dass sich betroffene Regionen, wenn sie kein Veto-Recht bekommen – wie es etwa in Großbritannien und Schweden üblich ist – dieses Veto-Recht einfach nehmen und so der Konflikt eskaliert."

Donat: „Nicht Bundesämter, sondern die Betroffenen müssen ermächtigt werden, ergebniswirksam teilzuhaben. (…) Auch das Nationale Begleitgremium (NBG) ist mit so wenig Rechten und Befugnissen ausgestattet, dass es sich nur beschränkt in das Verfahren einbringen kann."

Hendricks: „Mit dem Gesetz ziehen wir den endgültigen Schlussstrich unter eine vor mehr als 30 Jahren getroffene Endlagerentscheidung, bei der weniger nach wissenschaftlichen Kriterien als vielmehr nach politischen Interessen vorgegangen wurde. Wir beenden heute die politische Vorfestlegung auf Gorleben."

Donat: „Gorleben kontaminiert das Verfahren. Der Standort kann nicht mehr objektiv betrachtet werden und sollte deshalb nur noch als Steinbruch für eine umfassende Fehleranalyse genutzt werden."

Hendricks: „Wir starten ein faires, wissenschaftsbasiertes Verfahren, um bis 2031 den Endlagerstandort mit der bestmöglichen Sicherheit zu finden."

Donat: „Zeitdruck besteht nicht in Bezug auf die Ewigkeitslagerung von Atommüll, sondern bei Zwischenlagerung und Atomausstieg. Das Verfahren muss entschleunigt und auf alle Arten von Atommüll und alle Lageroptionen ausgeweitet werden."

Hendricks: „Es ist mein Ziel, die politischen Grabenkämpfe rund um die Atomkraft, die unser Land für Jahrzehnte in Atem gehalten haben, auf Dauer zu überwinden. Ich hoffe deshalb auf eine breite Mehrheit für das Gesetz in Bundestag und Bundesrat."

Stay: „Die Politik setzt wieder darauf, dass am Ende die Polizei mit Gewalt den Weg für den Atommüll gegen die betroffene Bevölkerung durchsetzen muss. Das erneute Scheitern der Standortsuche ist auf diese Weise vorprogrammiert."

Teilnehmer/-innen dieser virtuellen Diskussion, die in der Realität so nie geführt wurde (von oben):

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD)

Martin Donat, Vorsitzender der BI Lüchow-Dannenberg

Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt

Serie: 40 Jahre '77

Das Mehrgenerationenprojekt

Wendländer/-innen begehen 40. Jahrestag der Standortbenennung Gorlebens

Gorleben Treckerdemo, Podiumsdiskussion, Filmabend, Party, Eselswanderung, Gebet und Literatur: Der Gorleben-Widerstand hat im Februar mit vielfältigen Veranstaltungen an die 40 Jahre Auseinandersetzung um die Nutzung der Atomenergie in Deutschland und den Plan, in Gorleben ein gigantisches „Nukleares Entsorgungszentrum" zu errichten, erinnert. Ein Bericht von Wolfgang Ehmke und Andreas Conradt.

Es ist der 22. Februar 1977: Mit Spannung wird in Lüchow der Standortbeschluss für ein „Nukleares Entsorgungszentrum" in Niedersachsen erwartet. Um 16.30 Uhr kommt die Hiobsbotschaft und macht Gorleben in einer Minute zum bekanntesten Dorf Deutschlands. Seitdem ist alles anders als davor.

An diesem Tag saß Lilo Wollny aus Vietze mit ihrem Mann nichtsahnend vor dem Fernseher. „Als damals dieser Albrecht strahlenden Gesichts auf dem Bildschirm erschien und verkündete, dass es Gorleben werden würde – ein richtiger Schock! Es war so, als wenn uns der Boden unter den Füßen weggerissen würde." Es waren Frauen wie Marianne Fritzen, Lilo Wollny und einige Landwirte, die bereits unter dem Namen „Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg" gegen ein AKW bei Langendorf an der Elbe kämpften. Nun wurde es eine Nummer größer im Kampf gegen die Atomkraft. Am 2. März 1977, wenige Tage nach der Standortbenennung, wurde „die BI" als eingetragener Verein, mit Büro, gemein und nützlich, ausgerufen. Schon zwei Wochen später, am 15. März, demonstrierten rund 16000 Menschen auf dem abgebrannten Waldgelände nahe Trebel.

Was folgte, waren 40 Jahre Protest und Widerstand, verwaltungsrechtliche Auseinandersetzungen – mit unzähligen Demonstrationen und Aktionen, mit einer Dauerdebatte und mit Höhen und Tiefen. Mit Bespitzelung, Diskriminierung und Kriminalisierung. Doch das Mehrgenerationenprojekt des Gorleben-Widerstands hat durchgehalten. Musste durchhalten, denn bis heute ist nichts wirklich geklärt.

Zweimal wurde eine Wiederaufarbeitungsanlage verhindert – in Gorleben im Osten und in Dragahn im Westen des Landkreises. Dennoch hat sich die Atomindustrie in den Wald hineingefressen: In Gorleben stehen 113 Castorbehälter in einer Halle, immer wieder werden marode Fässer im benachbarten Fasslager entdeckt. Eine Konditionierungsanlage, die ursprünglich die hochradioaktiven Abfälle aus den Castor-Behältern in endlagerfähige Behälter umpacken sollte, ist zum Glück nicht in den heißen Betrieb gegangen. Und unter Tage gibt es im Salzstock Gorleben ein Bergwerk. Gorleben ist bei der angeblich offenen Endlagersuche als einziger Standort „gesetzt". Die Abfälle strahlen im Gorlebener Tann vor sich hin, und es bleibt festzustellen, dass in Deutschland immer noch Atomanlagen in Betrieb sind und dass auch europa- und weltweit die Atomkraftnutzung sich überhaupt nicht erledigt hat.

Deshalb blieb auch die Rückschau auf die Vergangenheit ➲1 beim Jahrestag im Februar zugleich eine Mahnung: Der Widerstand gegen die Atomkraftnutzung und den sorglosen Umgang mit den strahlenden Hinterlassenschaften hat sich nicht erledigt.

» Bauern als Widerständler

Dass das auch die Bäuerliche Notgemeinschaft so sieht, hat sie bei der Kundgebung an den Gorlebener Atomanlagen am 18. Februar eindrucksvoll bewiesen: Rund 120 Traktoren standen den gut 500 Demonstrant/-innen Spalier, drei Generationen aus Landwirtsfamilen hielten Reden vom „Mobilisierenden Musik Kampfwagen": „An diesen Tagen vor 40 Jahren habe ich das erste Mal in meinem Leben eine Treckerdemonstration angemeldet und mit einigen Kollegen in Lüchow angeführt", so der Landwirt Heinrich Pothmer, der für die zweie Gene-

Fotos: PubliXviewinG

ration des Gorleben-Widerstands auf der Bühne stand und – unvergessen – seine Rede bei der großen Demonstration in Hannover 1977 mit den Worten begann: „Mein lieber Herr Albrecht…" Was folgte war das Gelächter von 100000 Demonstrant/-innen.
Damals hätten nur wenige erfassen können, was da auf das Wendland zukommen sollte. „Dass wir auch 40 Jahre später immer noch hier sind und widersprechen und widerstehen müssen, das konnte damals niemand ahnen." Seit diesem überheblichen Fingerzeig eines Ministerpräsidenten auf einer Landkarte habe sich das Leben um Gorleben verändert, aber nicht nur zum schlechteren, so Pothmer. „Wir alle sind viel wachsamer und kritischer geworden. Robert Jungk hat während des Hannover-Trecks gesagt: ‚Nur im Krieg wird mehr gelogen als bei der Atomindustrie.'"
Aus einer Region mit politischem Analphabetentum sei ein politischer Brennpunkt geworden und bis heute geblieben. Auch dass der Landkreis heute mehr alternative Energie erzeugt, als er selbst verbraucht, dass der Anteil ökologischer Landwirtschaft hier höher ist als irgendwo sonst, habe mit Gorleben zu tun.
„Mit unserem Widerstand haben wir der Gesellschaft viel erspart, wenn wir an die ursprünglichen Pläne denken", donnerte Pothmer in die Menge. „Nur wenige danken uns das. So unerschütterlich die Bäuerliche Notgemeinschaft in diesen 40 Jahren den Widerstand mit geprägt hat, so unterwürfig hat sich der Bauernverband dargestellt. Eine Schande!"

Noch vor Heinrich Pothmer sprach Anne Peters als Vertreterin der ersten Generation des Widerstands von der kleinen Bühne im Wald vor den Atomanlagen: „Die Jungen blicken meist nach vorn, in die Zukunft, in ihre Zukunft. Die Alten blicken oft zurück in die Vergangenheit, in ihre Vergangenheit. Und das ist hier im Wendland auch die Geschichte des Widerstands."

» Die Alten mittendrin

Manches hätten sich die grauhaarigen Alten in den heißen Tagen der Castortransporte mit gelassener Selbstverständlichkeit leisten können. „Polizisten waren von uns eher ansprechbar. So konnten wir, wenn es brenzlig wurde bei Jugendlichen, die auf der Straße saßen, oft beruhigend eingreifen, auf beiden Seiten, ohne nachzugeben. Auch mit Stullen, Kuchen und Suppentöpfen kam ich immer durch, auch wenn die Straßen gesperrt waren. Manchmal bekam ich Polizeibegleitung, hin und zurück. Oder wenn wir vor Castortransporten auf der Kreuzung in Nebenstedt in die Autos vor der Ampel Info-Zettel verteilten und sofort ein Polizeiauto erschien: ‚Wer ist hier verantwortlich?' ‚Wir sind alle verantwortlich.' ‚Wo haben Sie ihre Genehmigung?' ‚Die brauchen wir nicht. Wir machen das immer so. Wir dürfen das!'" So seien graue Haare auch manchmal ein Vorteil gewesen …
Bei aller Härte der Auseinandersetzung mit Polizei und Behörden, verwies Fritz Pothmer, Sohn von Heinrich und Vertreter der dritten Widerstandsgeneration, auch an die guten Entwicklungen der letzten vierzig Jahre: „Ich kenne das Wendland nur mit der Auseinandersetzung um Gorleben, aber auch mit Kultureller Landpartie, als kreativen Hotspot und mit einem hohen Maß an Lebensqualität." Viele Atomkraftwerke seien „dank euch" nicht gebaut und der Atomausstieg schließlich beschlossen worden.

> Das Ackerland kann man nicht evakuieren!
>
> Heinrich Pothmer

Eine Steilvorlage für die 15-jährige Elisabeth Gäde aus Prezelle: „Die Generationen vor uns haben viel erreicht! Sie haben erreicht, dass in Gorleben kein nukleares Zentrum mit AKW und WAA entstanden ist. Sie haben erreicht, dass unser Widerstand kein lokales Problem geblieben ist. Sie haben Lügen aufgedeckt und die

Castortransporte schön teuer gemacht." Doch der Kampf sei noch lange nicht vorbei.
Großer Jubel unter den Demonstrant/-innen brandete auf, als Gesine Wiese (16) aus dem zwei Kilometer entfernten Gedelitz ans Mikrofon trat: „Mit mir ist jetzt die vierte Generation in meiner Famile gegen Atomkraft!" Sie mahnte, dass noch immer jährlich 20 bis 30 Tonnen Atommüll pro Reaktor produziert würden, obwohl es nach wie vor keine Lö-

sung zum Umgang damit gebe. „Deshalb sollten wir uns jetzt dafür einsetzen, dass die Atommüllproduktion gestoppt wird! Sonst geht alles nur wieder auf Kosten der kommenden Generationen."

Diskussion auch übers Sein

Mit dem Aufmarsch der Traktoren und der Kundgebung an den Atomanlagen am Samstag vor dem Jahrestag begann die Erinnerungswoche zur Standortbenennung Gorlebens. Am 22. Februar selbst fand eine Podiumsdiskussion statt mit dem Titel: „Vier Jahrzehnte vergeudete Zeit – Wo ist der Atommüll in 40 Jahren?" Dabei wurde vor rund 75 Zuhörer/-innen die Problematik erörtert, wie die Zwischenlagerung, die eigentlich nur für vierzig Jahre vorgesehen war, nun für hundert und mehr Jahre sicher bewerkstelligt werden kann. Denn durch das blinde Festhalten an Gorleben habe man, so stellte ein Diskussionsteilnehmer fest, „35 Jahre verloren". Die 113 Castoren im Gorlebener Zwischenlager machten, so Jochen Stay von .ausgestrahlt, Gorleben auf Dauer zum Atomstandort. So wie er, skizzierte auch Ursel Schönberger von der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad die neue Rolle der Atomkraftgegner/-innen: „Sie werden es wohl sein, die sich um den Atommüll kümmern müssen!" Auch die Europaabgeordnete der Grünen, Rebecca Harms, empfahl, sich in die Debatte um die Zwischen- und Dauerlagerung einzubringen. Ein Statement, das auf dem Podium für Unruhe sorgte: „Wir sind nicht verantwortlich für den Müll", entgegnete beispielsweise der BI-Vorsitzende Martin Donat. So hat der Abend nebenbei auch eins gezeigt: So sehr auch allen Playern in der Anti-Atom-Bewegung bewusst ist, dass ihre Aufgabe nach der Abschaltung der AKW Anfang der Zwanzigerjahre und in Zeiten der Suche nach einem Atommülllager noch lange nicht erledigt ist, so wenig haben die Atomkraftgegner – nicht nur im Wendland – ihre neue Rolle schon gefunden. Einig ist man sich, dass die Bewegung so wichtig ist wie eh und je. Über das Wie wird allerdings noch heftig debattiert.

> Traktoren, Diskussionen, Ausstellungen, Kultur – der Widerstand im Wendland erreicht alle Schichten

Feynd der Herren

In solch schwierigen Zeiten mag es hilfreich sein, sich der Anfänge zu erinnern. Dazu bestand Gelegenheit beim Filmabend am Donnerstag nach dem Jahrestag: Unter dem Motto „Nostalgie und Popcorn" lud die Bürgerinitative ins Kino in Lüchow und zeigte den Film der Wendländischen Filmkooperative von 1979 „Die Herren machen das selber, dass ihnen der arme Mann feynd wird". Dazu schrieb die Süddeutsche Zeitung schon 1980: „So klar, ruhig und persönlich, wie die Bevölkerung Gorlebens sich wehrt, ist auch dieser Film gemacht. Die Leute vor und hinter der Kamera kennen sich und ziehen am selben Strang. Die Interviewten nehmen sich Zeit zum Überlegen und Formulieren. Kein Regisseur, Kameramann oder Cutter nimmt ihnen Würde und Grazie."
Liegt der Beginn der Auseinandersetzungen um Gorleben auch erst vierzig Jahre zurück, so will der Hamburger Student Attila Dészi dennoch „Archäologische Ausgrabungen an der Freien Republik Wendland" betreiben. Bei der Vorstellung seines Konzepts im Café Grenzbereiche in Platenlaase am Samstag nach dem Jahrestag wurde deutlich, dass Dészi nicht etwa die Schaufel in die Hand nehmen und nach Hinterlassenschaften der Platzbesetzung der Bohrstelle 1004 graben möchte. Vielmehr ist sein Bestreben, all die Geschichten und Erlebnisberichte „auszugraben", die von Zeitzeugen berichtet werden können. „Es ist die Frage zu klären", so der Student, „ob 1004 ein Kulturdenkmal ist." (Die Gorleben Rundschau wird in der nächsten Ausgabe ein ausführliches Interview mit Attila Dészi veröffentlichen.)

Gorleben in der Literatur

Zum Abschluss der Erinnerungswoche der Bürgerinitiative gab's Literatur vom Feinsten: Axel Kahrs und die BI luden dazu ein, auf dem Künstlerhof in Schreyahn „Gorleben im Spiegel der Literatur" Revue passieren zu lassen. Denn Kunst, so Kahrs, habe die Gorleben-Proteste vier Jahrzehnte lang nicht nur begleitet, sondern geprägt und gefördert. „In der Malerei sind es die Protestbilder, Karikaturen, Cartoons und Drucke wie der Rixdorfer Atomkalender von 1979, Uta Helene Götz´ Baum-Bilder oder die Zeichnungen von Wolf-Rüdiger Marunde. Sie werden in der bildenden Kunst ergänzt durch Plastiken und Denkmäler, hinzu kommen Fotodokumentationen und Tonaufnahmen. In der Musik reicht es vom Protestchor „Singendes Wendland" mit den Versen Fred Dengers bis hin zu den Biermanns und Walter Moß-

manns oder den Trommlern und der Clownsarmee. Auf der Bühne stand die Theaterwehr Brandheide mit ihren ‚Heißen Kartoffeln', im Kino lud die Ziegler'sche „Wendländische Film-Kooperative" zu ihren sechs Doku- und Fantasiefilmen wie dem ‚Traum von einer Sache' ein, in den Print-Medien standen die Reportagen und Stimmungsbilder aus Gorleben in Zeit, Spiegel, GEO, Natur oder FR. Die Dichter im weitesten Sinne, also die Lyriker, Romanciers, Tagebuchschreiber, Satiriker, Krimiautoren, Liedertexter, Science-Fiction-Schreiber, Verfasser von Reportagen, Essays, Aufrufen, Manifesten, Reden – sie alle waren von Anfang an dabei und bleiben bis zum hoffentlich guten Ende." Was folgte, war ein dichtes Programm von Texten aus diesem kulturgesellschaftlichen Engagement – und doch nur eine kleine Auswahl dessen, was je zu Gorleben oder durch den Atomstandort inspiriert geschrieben wurde. Vorgetragen wurden Passagen von Hans Christoph Buch, Nicolas Born und Wolf Biermann, von Christa Wolf und Dorothee Sölle und – von ihm selbst gelesen – Andreas Maiers „Legende vom Salzstock", diesem teuflischen Bericht über die semantische Annäherung an das Phänomen Gorleben.

Zwei Ausstellungen

Kunst und Wort waren auch über die sonntägliche Literaturlesung hinaus Begleiter der Erinnerungswoche rund um die Standortbenennung Gorlebens. So zeigte die Malerin Uta Götz eine Plakat-Ausstellung des Gorleben Archivs in den Künstlerischen Werkstätte Trebel, deren Motive sich zwischen den extremen Polen „plakativ auffordernd" und „sensibel bis resigniert" bewegten und Unwissenden Beweggründe und Seelenleben der Wendländer/-innen auf besondere Arte näherbrachten.
Eine zweite Ausstallung fand im Lüchower Kreishaus statt – welch einen besseren Beleg für die Wandlung im Denken der Kreispolitik könnte es geben? Sie beschrieb die „Aufbauhilfe", die dem wendländischen Widerstand ab 1977 durch die „Bürgerinitiative Südheide für den Schutz vor Kernenergiegefahren" zuteil wurde. Zunächst nämlich war geplant, das „Nukleare Entsorgungszentrum" in Lutterloh bei Celle zu bauen. Schnell formierte sich breiter Widerstand in der Bevölkerung, verbunden mit Informations- und Bildungsveranstaltungen. Nicht zuletzt aufgrund dieser Protestbewegung konnte die Bürgerinitiative es verhindern, dass solche Anlagen der Atomwirtschaft in der Südheide entstanden.
Kaum dass Gorleben dann am 22. Februar als Standort für ein „Nukleares Entsorgungszentrum" benannt wurde, erfuhr die Bürgerinitiative Umweltschutz im Wendland Unterstützung aus der Südheide. „Viele Flugblätter und Aufklärungsschriften über die Gefahren der Wiederaufarbeitungsanlage und die Auswirkungen von künstlicher Strahlung haben wir einfach übernehmen können und haben nur noch unseren grünen BI-Stempel draufgedruckt", erinnert ein Veteran des BI-Vorstands.
Als in Gorleben am 12. März 1977 auf der Waldbrandfläche das erste Mal demonstriert wurde, waren die Aktivist/-innen aus der Südheide mit dabei, der solidarische Kontakt brach nie ab. Durch die Bennennung Gorlebens waren die geplanten Atomanlagen in Lutterloh Geschichte. Im Wendland, das wurde im Laufe der Erinnerungswoche immer wieder deutlich, ist auch vieles der ursprünglichen Pläne verhindert worden. Das Happy End steht noch aus.

Gorleben im Spiegel der Literatur: Moderatur Axel Kahrs (oben), Schauspieler Wolfgang Kaven (links), Schauspielerin Ingrid Birkholz und Autor Andreas Maier

Linkliste
Alle Links zu dieser Ausgabe der GR gibt es gesammelt unter
➲ www.gorleben-rundschau.de/links

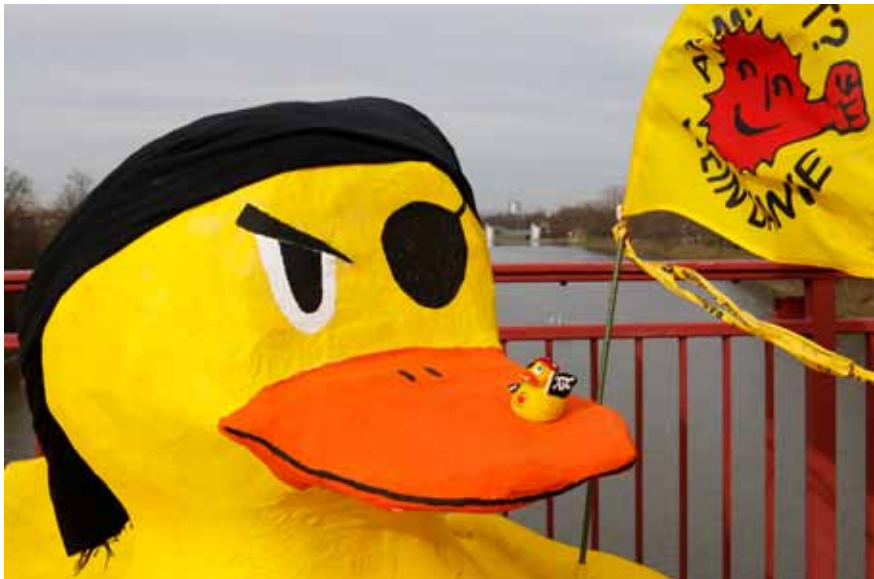
➲1 http://rtlnord.de/nachrichten/gorleben-und-seine-protestreiche-geschichte.html
➲1 www.deutschlandradiokultur.de/40-jahre-anti-atom-protest-gorleben-dorf-und-turm-koennt.1001.de.html?dram%3Aarticle_id=379269

Tag X im Ländle

Nach den Atommüllfuhren ins Wendland geht's jetzt im Süden los

Castortransporte Die EnBW hat ein Problem mit ihrem hochradioaktiven Atommüll in Obrigheim. Sie hat den Bau eines Castor-Lagers fast 10 Jahre lang verschleppt, nun sollen 342 Brennelemente per Schiff flussaufwärts gefahren und am AKW Neckarwestheim im dortigen Tunnel-Lager aufgestellt werden. Erfahrungen mit einem solchen brisanten Fluss-Transport gibt es nicht. Andreas Conradt hat die Pressemitteilungen der Anti-Atom-Initiativen gesichtet.

Nach dem Stopp der Castortransporte nach Gorleben 2011 steht nun der nächste Transport hochradioaktiven Mülls in Deutschland bevor – und damit auch ein Novum: Per Schiff sollen fünf Transporte mit jeweils drei Behältern vom Atomkraftwerk Obrigheim nach Neckarwestheim gebracht werden. Das starke Gefälle ist für einen Straßentransport zu riskant, ein als „unsinkbar" bezeichnetes Binnenschiff soll nun den Transport besorgen. Der Grund für die Passage ist die Weigerung der „Energie Baden-Württemberg" (EnBW), in Obrigheim ein Zwischenlager zu errichten. Stattdessen sollen die 15 Behälter ins 50 Kilometer entfernte Neckarwestheim verschifft werden. Dort sollen sie in einem Zwischenlager unterkommen, das nach Angaben der Umweltschutzorganisation Robin Wood aufgrund von Auswaschungen und der damit verbundenen Erdrutsch-Gefahr geologisch instabil ist. Bislang gebe es auch keinerlei Erfahrungen mit dem Transport von hochradioaktivem Müll auf Wasserwegen. Im Falle eines Unfalls seien, ähnlich wie bei einem Chemieunfall, unweigerlich viele Flusskilometer betroffen. Die EnBW habe sich trotz dieses Risikos für den Wasserweg und gegen andere Transportvarianten entschieden, weil sie sich davon weniger Proteste versprache. „EnBW und Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller verbreiten die Illusion, es gäbe bald eine grüne Wiese am AKW Obrigheim. Doch es wird es noch Jahrzehnte dauern, bis der größte Teil der Hinterlassenschaften vom Standort entfernt wurde. Die Verschiebung des Mülls nach Neckarwestheim ist eine Scheinlösung, die von den Problemen im Umgang mit



Fotos: ausgestrahlt, Privat

radioaktivem Müll ablenken soll", erklärte Robin-Wood-Aktivistin Christina Albrecht.

Zusätzlich zu den hochradioaktiven Brennelementen gebe es zahlreiche stark belastete Großkomponenten am Standort Obrigheim. Ein regelrechter Mülltourismus über den Neckar könnte die Folge sein – zu Lasten der Bevölkerung entlang der Strecke.

Bereits Ende Februar probte die EnBW in Obrigheim das Be- und Entladen ihres Castoren-Schiffes. „Diese sicher spannende Show darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die geplanten Schiffstransporte des Atommülls kein einziges Problem lösen, sondern neue Probleme schaffen. Und Obrigheim wird trotzdem keine grüne Wiese," kritisierte Herbert Würth vom Aktionsbündnis Castor-Widerstand Neckarwestheim. „Wir sind uns mit den Anti-Atom-Initiativen der Region um Obrigheim einig, dass vor Ort in Obrigheim eine möglichst sichere Aufbewahrung des Atommülls eingerichtet werden muss."

Das Bündnis „Neckar castorfrei" gibt außerdem zu bedenken, dass die allermeisten Tests mit Castoren nur mit Modellen und Computerberechnungen durchgeführt wurden und auch das nur mit einigen wenigen Behältertypen. „Die Transporte wären somit die eigentlichen Tests, und dafür ist uns unsere Region zu schade!"

Gegen die Verschiffung des Atommülls auf dem Neckar regt sich inzwischen großer Widerstand in der Region – und darüber hinaus: An einer Kundgebung am 4. März in Heilbronn [1] nahmen rund 800 Menschen teil, darunter auch Atomkraftgegner/-innen aus Lüchow-Dannenberg. „Jahrelang haben sich Menschen aus Süddeutschland auf den Weg ins Wendland gemacht, um für den sofortigen Atomausstieg und das Ende Gorlebens als Endlagerstandort einzusetzen, jetzt ist unsere Solidarität gefordert", sagte dazu Kerstin Rudek von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. Bislang ist unklar, wann die Transporte stattfinden sollen.

Linkliste
Alle Links zu dieser Ausgabe der GR gibt es gesammelt unter
➲ www.gorleben-rundschau.de/links

➲[1] www.neckar-castorfrei.de/
➲[1] www.youtube.com/watch?v=fC8rmD2VmoY

Wir setzen bei der Kampagne *Neckar castorfrei* auf kreative und widerständige Proteste

Kerstin Rudek
BI Lüchow-Dannenberg

Neckar-Castor I
Probe-Castor verschifft

Ende Februar hat die EnBW einen Funktionstest ihrer geplanten Castor-Verschiffung durchführen, der sich an der Praxis der späteren „echten" Transporte orientierte. Der Funktionstest umfasste die Beladung des Transportschiffes in Obrigheim mit leeren, unbenutzten Castor-Behältern und die Fahrt des Schiffes zum AKW Neckarwestheim. Dort wurde das Schiff erst entladen und dann wieder beladen, bevor es sich auf den Rückweg nach Obrigheim begab. (pm)

Neckar-Castor II
Protest läuft an

Eine Genehmigung für die Castortransporte auf dem Neckar ist beantragt, aber noch nicht erteilt. Laufend aktualisierte Infotmationen gibt es auf den Websites der BI Lüchow-Dannenberg und des Bündnisses „Neckar castorfrei" [1]. Dort besteht auch die Möglichkeit, sich in den Newsletter einzutragen und den Aufruf „Keine Castortransporte von Obrigheim nach Neckarwestheim!" zu unterzeichnen. (gr)

„Täglich essen wir Tschernobyl."

Nobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch im Gespräch

Tschernobyl Am Rande des Hamburger Literaturfestivals „Lesen ohne Atomstrom" traf Andreas Conradt die Bestseller-Autorin Swetlana Alexijewitsch. „Für ihr vielstimmiges Werk", so das Nobel-Kommitee, „das dem Leiden und Mut in unserer Zeit ein Denkmal setzt" erhielt sie 2015 den Literatur-Nobelpreis. Unter anderem für ihr Buch „Tschernobyl - Eine Chronik der Zukunft".

» Sie stammen aus Weirussland. Inwieweit spielt die Reaktorkatastrophe dort noch ein Rolle im täglichen Leben?

Svetlana Alexijewitsch: Tschernobyl ist viel größer als ein Menschenleben. Jetzt setzt die Wirkung niedrig dosierter Strahlung ein. Wir trinken Tschernobyl jeden Tag mit unserer Milch, unserem Wasser. Täglich essen wir Tschernobyl mit unserem Fleisch und unserem Brot. Aber unsere Fernsehsender und Zeitungen schweigen dazu. Der Staat tut alles dafür, dass wir möglichst wenig über Tschernobyl wissen. Es ist jetzt ein neuer Tod, er kommt in neuem Gewand – und sein Mechanismus ist gerade erst in Gang gesetzt worden. Ausgelegt ist er auf Jahrhunderte – so lange dauert der radioaktive Zerfallsprozess. Nur wie sollen sich die Menschen davor retten? Unser Bewusstsein lässt Urängste wieder aufleben: Die Menschen erzählen sich von Monstern, Kindern mit mehreren Köpfen, von kopflosen Fischen in den Flüssen, von Vögeln, die ungewöhnlich lange leben, aber keine Nachkommen hervorbringen. Tschernobyl ist nicht bloß eine Katastrophe, es ist die Grenze zwischen zwei Welten. Es ist eine neue Wahrnehmung der Welt. Eine neue Erkenntnis. Die Weißrussen bezeichnen sich heute als „Black Box". In Fliegern zeichnen Flugdatenschreiber Informationen zum Flugverlauf auf. Bei einem Absturz sucht man die „Black Box". Die Weißrussen zeichnen seit Tschernobyl ebenfalls solche Informationen auf, Informationen für alle. Für die ganze Menschheit.

» Wie haben Sie den Tag der Katastrophe erlebt?

Svetlana Alexijewitsch: Zu dieser Zeit lag meine Schwester in Minsk im Krankenhaus im Sterben und ich war fast rund um die Uhr bei ihr. An einem dieser Tage rief mich eine schwedische Freundin an und erzählte mir von dem schweren Störfall im Atomkraftwerk. Bei uns im Land hörte man gar nichts dazu. Die Wahrheit erfuhren wir erst Monate später, nachdem Tschernobyl uns schon bis in die kleinste Faser durchdrungen hatte. Ich erinnere mich, wie die Bevölkerung evakuiert wurde. Ich sah alte Frauen mit Ikonen, die auf Knien darum bettelten, nicht weggebracht zu werden. Die Sonne schien, die Gärten blühten – warum sollten sie gehen? Ich wer-

Fotos: PubliXviewinG

de nicht vergessen, wie ich während der Bergungsarbeiten nach der Katastrophe eines Abends in einem der Wohnzelte der Liquidatoren saß. Auf dem Tisch stand eine 3-Liter-Flasche Selbstgebrannter, und man redete – über den Raumfahrtpionier Ziolkowski und Gorbatschow, über Kommunismus und Kapitalismus. Eine ältere Frau kam herein, brachte Essen. Ich schaute auf ihre bloßen Hände und sah große rote Flecken darauf. „Was haben Sie da?", fragte ich sie. „Wir waschen jeden Abend die Schutzanzüge für die Männer. Die sind doch kontaminiert. Man hat uns versprochen, Waschmaschinen zu liefern, die sind nicht angekommen. Also waschen wir von Hand." „Wie kann denn das sein?", fragte ich den nebenan sitzenden Chef. „Was die so versprechen", winkte er ab und setzte seine philosophischen Betrachtungen fort. Die Waschfrauen waren ein Selbstmordkommando. Ich erinnere mich an eine Lehrerin. Völlig fassungslos zeigte sie mir ihre vollen Bücherregale und sagte: „Niemand kann uns jetzt helfen, kein Dostojewski, kein Tolstoi".

» Wie stehen Weißrussen und Ukrainer heute zur Atomkraft?

Svetlana Alexijewitsch: Russland baut gerade ein Atomkraftwerk in Weißrussland an der Grenze zu Litauen. Und das trotz der Proteste der Menschen und der litauischen Regierung. Auch deshalb ist Tschernobyl bei uns noch immer ein Tabuthema. Schon wieder will man uns das „friedliche Atom" schönreden, während in den Krankenhäusern noch viele krebskranke Kinder liegen.

» Hat sich Ihr Blick auf Tschernobyl nach der Katastrophe in Fukushima geändert?

Svetlana Alexijewitsch: Vor drei Monaten war ich in Fukushima. Dort sah ich dieselben verlassenen Häuser, ausgestorbene Dörfer, ratlose und verängstigte Menschen. Sie wurden genauso getäuscht wie wir. Aber bei uns hat man in diesen verlassenen Dörfern russische Flüchtlinge untergebracht, die zuvor aus Tadschikistan und Kasachstan geflohen waren. Der Mensch hat noch nicht gelernt, sich vor etwas zu fürchten, das er gar nicht wahrnehmen kann. Vor meinen Augen verwandelte sich der Mensch aus der Vor-Tschernobyl-Zeit in einen Menschen Tschernobyl'scher Prägung. Und bezahlte dafür mit seinem Leben.

» Gibt es in der Region so etwas wie eine Anti-Atom-Bewegung?

Svetlana Alexijewitsch: Die Ukraine ist gegenüber Tschernobyl machtlos, denn sie ist arm aufgrund des Krieges mit Russland. Und bei uns in Weißrussland herrscht eine Diktatur, die die Zivilgesellschaft zunichte gemacht hat. Die Menschen haben mehr Angst vor der Staatsgewalt als vor Tschernobyl.

» Welche Rolle haben Schriftsteller heute in politischen Konflikten?

Svetlana Alexijewitsch: Mir scheint, wir werden zu Geächteten, zu Randfiguren in der heutigen neuen Welt. Man muss zugeben, das Volk hört nicht auf uns. Auf Putin und Lukaschenko hört es aber wohl. Die Menschen wollen einfache Antworten auf schwierige Fragen. Für mich beispielsweise ist der Konflikt mit den Machthabern nicht so schlimm wie der Konflikt mit dem eigenen Volk. Und der Aufstieg Trumps zeigt, dass in Amerika etwas Ähnliches passiert. Doch man muss auch weiterhin das Seine tun. Trotz aller Schwierigkeiten, über die ich geschrieben habe, haben wir viele Gleichgesinnte in der Welt. In Amerika, Deutschland, Polen – Freunde rufen mich von dorther an. Sie fühlen sich genauso schlecht und einsam wie wir. Wenn ich an Amerika denke – diese Bastion der Demokratie in der Welt – so hoffe ich, dass die Mechanismen der Demokratie dort widerstandsfähig genug sind, das Feld nicht Trump überlassen.

» Hört man heutzutage auf eine Nobelpreisträgerin wie Sie – oder meidet man Sie inzwischen sogar?

> Die Menschen haben mehr Angst vor der Staatsgewalt als vor der Gefahr aus Tschernobyl

Svetlana Alexijewitsch: Das Volk liebt meine Bücher, aber die Machthaber tun so, als gäbe es mich nicht. Vor ein paar Tagen habe ich auf der Buchmesse in Minsk – ohne offizielle Erlaubnis – vier Stunden lang Autogramme gegeben. Menschen mit wunderbaren Gesichtern kamen zu mir, mit jedem einzelnen hätte ich gern ein Gespräch geführt. Als bekannt wurde, dass ich den Nobelpreis erhalten habe, gingen die Menschen in Minsk auf die Straße, umarmten und küssten sich. Diktator Lukaschenko hingegen fand für mich kein gutes Wort und sagte, dass ich „mein Land mit Dreck bewerfe". Dasselbe sagte seinerzeit Stalin über Bunin und Pasternak, Breschnew über Brodsky - sie alle waren Nobelpreisträger für Literatur. Selbst nach 50 Jahren haben sich die Diktatoren nicht geändert, sogar ihre Wortwahl bleibt gleich. Die Barrikade ist nicht der beste Platz für Künstler, aber wir müssen dort ausharren. Die heutige Zeit erlaubt es uns nicht diesen Platz zu verlassen.

Inside Fukushima

Erschütterndes Buch eines japanischen Journalisten erschienen

Fukushima Der Begriff ist etabliert, wird wie selbstverständlich von überaus unterschiedlichen Urhebern genutzt – als pointierter Filmtitel, ebenso in Focus, Spiegel und Zeit oder von anonymen Autoren in Bekennerschreiben zu Sabotageakten: „Atommafia". Ins Lexikon – analog wie digital – aber hat es der Begriff nicht geschafft. „Atommafia" steht meist für das klandestine Trachten dubioser Dunkelmänner nach waffenfähigem Nuklearmaterial. Alternativ, eher propagandistisch, wird „Atommafia" als Synonym für die mutmaßlich enge Verflechtung der Atomkonzerne mit nahezu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens verwendet: mit Politik, Wissenschaft, Behörden, Kultur, Medien – wenn Atomlobbyisten in Ministerien Gesetzesvorlagen entwerfen, vermeintlich neutral agierende Behörden Expertisen zur Unbedenklichkeit von Atommüll-Deponien erstellen oder öffentlich-rechtliche Sender mit „Medienpartnerschaften" das Image der Atomkonzerne polieren. Dieses Phänomen der scheinbar allgegenwärtigen Präsenz von Nuklear-Lobbyisten wird allerdings von einem anderen Begriff besser erfasst: „Das Atomdorf". Japans ehemaliger Premierminister Naoto Kan gebraucht ihn gern. Kans Landsmann, Autor Tomohiko Suzuki, weist in seinem Buch „Inside Fukushima" erstmals einen weiteren Akteur im „Atomdorf" nach: die echte Mafia, eine regelrecht institutionalisierte Arbeitsteilung von Atomkonzernen und Organisierter Kriminalität. Dafür hat Suzuki einiges auf sich genommen. Seine Gesundheit riskiert. Sein Leben. Der Autor war mehrere Wochen in den Ruinen der explodierten Atommeiler von Fukushima. Undercover. Er hat sich zu einem jener „Wegwerfarbeiter" machen lassen, die Japans Atomindustrie anheuern lässt, um sich der nuklearen Apokalypse entgegenzustellen. Das weckt Erinnerungen an das Buch „Ganz unten". Der Autor Günter Wallraff hat dann auch das Vorwort für Suzukis Buch geschrieben.

Die Aufopferungsbereitschaft Einzelner für das Wohlergehen einer Gesellschaft ist unter den „kleinen Leuten“ weit verbreitet. Sonst würden die Krankenhäuser nicht funktionieren, die Abfallbeseitigung ebenso wenig und die Betreuung in den Kindergarten wie auch in den Altenheimen käme ohne sie zum Erliegen. Dass die Katastrophe im japanischen Fukushima, der Super-GAU in den dortigen Atomkraftwerken, nicht das halbe Land vernichtete, hat mit eben dieser Aufopferungsbereitschaft zu tun.

Der japanische Journalist Tomohiko Suzuki setzt in seinem Buch „Inside Fukushima“ den Menschen, die im havarierten Kraftwerk eingesetzt wurden, ein Denkmal. Er hat sich dort „undercover“ als Reinigungsarbeiter anheuern lassen, mit seinen Kollegen gearbeitet und gelitten, mit ihnen gegessen und getrunken und sich mit ihnen geängstigt: in den Unterkünften, den Kneipen und „in der Hölle“, wie der Autor das Buchkapitel überschreibt, in dem er uns so nah an den Reaktor heranführt, wie sich die Arbeiter heranwagen mussten.

Respekt für die Arbeiter

Hinter dem Wahnsinn der Atomindustrie, der von Menschen nicht beherrschbaren Technologie der Kernspaltung und des gewaltigen Unglücks von Fukushima die dort eingesetzten Arbeitern als Individuen wahrzunehmen, ihnen mit Respekt zu begegnen, das prägt die Grundhaltung des Autors und zieht sich durch das gesamte Buch. Das ist nicht selbstverständlich, ja, es könnte auch ganz anders sein: Man konnte sich durchaus echauffieren über den Leichtsinn vieler Beschäftigter, mit dem sie sich und andere in große Gefahr bringen, „on the top“ sozusagen. Wenn Beschäftigte zum Beispiel gedankenlos versäumen, nach dem Einsatz in der Todeszone ihr Auto zu „dekontaminieren“ und die radioaktiven Partikel millionenfach nach draußen tragen.

Oder die Leichtgläubigkeit, mit der Mitarbeiter nur mühsam kaschierten Himmelfahrtskommandos zustimmen und dann noch in den schlimmsten Gefahrenzonen ihre Schutzmasken abnehmen, um eine Zigarette zu rauchen und sich den verstrahlten Staub mit in die Lunge ziehen.

Oder die Gutgläubigkeit, mit der sie auf angemessene Bezahlung hoffen, selbst wenn die versprochenen Gefahrenzulagen immer wieder ausbleiben.

Und doch ist der Wille der meisten Arbeiter bewundernswert, ihren Kopf und ihre Knochen hinzuhalten und – ja – ihr Leben zu riskieren, damit diese größte menschengemachte Industrie- und Umweltkatastrophe in Japan nicht noch schrecklichere Folgen hat.

Die japanische Mafia, die Yakuza, und ganz gewöhnliche Kapitalisten, allen voran der AKW-Betreiber TEPCO, machen mit dem Verantwortungsbewusstsein und der aufopferungsvollen Werkstreue bis hin zur Selbstverleugnung der Beschäftigten schamlos ihre Geschäfte. Suzuki kann das nachweisen, weil er nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Geschäftemachern ganz nah kommt und sie ihm verraten, wie so etwas im wenig transparenten japanischen Wirtschaftsdschungel abläuft. Gute Geschäfte machen sie, Extraprofite heimsen sie ein, horrende Gewinne. Verstrahlte und Tote nehmen sie dabei billigend in Kauf.

Skrupellose Leiharbeitsfirmen

Ich habe mich in den 80er Jahren als türkischer Leiharbeiter „Ali“ für Reinigungsarbeiten im AKW-Würgassen beworben und selber erleben müssen, was auch Suzuki in Fukushima über eine ganz spezielle Sorte Unternehmen enthüllt, die Leiharbeitsfirmen. Sie sind das entscheidende und offensichtlich unverzichtbare Scharnier zwischen den „geregelten“ Aktivitäten anerkannter Konzerne und der brutalen Ausbeutung der Arbeiter jenseits rechtlicher Schutzregelungen. Ihre Bereitschaft, Arbeiter in möglicherweise oder tatsächlich lebensgefährlich hoch verstrahlte Sektoren eines Reaktors zu schicken, wird umso größer, je mehr Profit sich aus einem solchen Auftrag herausschlagen lässt. Zur Not liquidiert ein Subunternehmer, der seine Leute skrupellos einer todbringenden Verstrahlung aussetzt, nach einem solchen Einsatz seinen Laden und verschwindet. Der auftraggebende Atomkonzern wäscht ohnehin seine Hände in Unschuld.

Der japanische Journalist Tomohiko Suzuki hat sich als Arbeiter bei den Aufräumarbeiten in Fukushima verdingt.

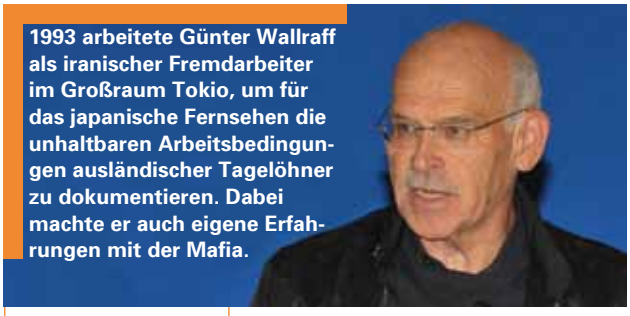
Als ich von einem ähnlichen Vorfall in meinem Buch „Ganz unten“ berichtet habe, war der Auftrag, auf den sich damals der kriminelle Subunternehmer Vogel einzulassen bereit war, von uns inszeniert. Vogel hatte bereits mehrfach Aufträge für den Schrottreaktor Würgassen angenommen und seine türkischen Arbeiter ohne hinreichende Ausbildung und Aufklärung sowie mit manipulierten Strahlenpässen für Reinigungsarbeiten eingesetzt. Wir konstruierten einen Auftrag, bei dem Vogel Beschäftigte unter Umgehung sämtlicher Vorschriften in hoch verstrahlten Reaktorbereiche hätte arbeiten lassen müssen. Nach anfänglichem Zögern nahm er den Auftrag an. „Was kann da im Extremfall passieren?“, wollte Vogel von uns, den „Kernkraftbeauftragten“, wissen. „Dass die sofort umkippen?“ Als wir das bestätigten und klarmachten, dass man die Verunfallten möglicherweise nur noch bewusstlos mit einem Strick aus der Anlage herausziehen müsse, resümierte er: „Ich meine, ich werde da nicht kopfscheu bei. Ich geh da ganz cool ran. Job ist Job, und ich habe Verständnis dafür, dass in Kernkraftwerken einiges läuft,

was nicht unbedingt an die Öffentlichkeit darf. Der Kunde wird damit nicht belästigt, das taucht in keiner Unfallstatistik auf." Und damit nahm er den Auftrag an, zum Glück in diesem Fall nur eine Inszenierung der Realität. Den dort Beschäftigten waren solche Vorkommnisse durchaus geläufig, im Kernkraftjargon sprachen sie vom „Verheizen".

Suzuki differenziert

Suzuki berichtet, dass es in Fukushima tatsachlich genauso ablief: Die verantwortlichen Unternehmen belügen die Arbeiter, sie reden die gesundheitlichen Gefahren am Orte des Geschehens klein, manipulieren Messungen oder unterlassen sie völlig. Hätte der Autor das alles nicht selber gesehen und am eigenen Leibe zu spüren bekommen, man könnte es für die Erfindung phantasiebegabter Kapitalismuskritiker halten. Wobei Suzuki selbst hier noch differenziert und anerkennt, dass einzelne Beauftragte versuchen, ihre Leute vor unverantwortlichen Einsätzen zu bewahren. Suzuki schlussfolgert aus den Tatsachen und er braucht dafür keine ideologischen Umwege: Ohne Täuschung und Lüge ist die „Nutzung" der Atomkraft nicht zu haben – besonders dann, wenn die Produktionsabläufe aus dem Ruder gelaufen sind.

Und mittendrin dieser Autor, dessen Entschiedenheit und dessen Mut, „aus der Hölle" zu berichten, bewundernswert ist. Suzuki geht dabei höchst leichtsinnig zu Werke. Am Ende klärt er uns darüber auf, warum. Einerseits spiegelt seine Fahrlässigkeit die Unterschätzung der Atomkraftindustrie und ihrer Folgen in Japan wider. Selbst dieser erfahrene Journalist war sich nicht von Anfang an bewusst, auf was er sich da eingelassen hatte. Es wurde schon gut gehen, so sein Motto. Darin unterschied er sich nicht von der übergroßen Mehrheit der Japaner, die der Atomenergie bislang kritiklos oder sogar positiv gegenüber stand. Erst am Ende seines Einsatzes entdeckt der Autor das ganze Ausmaß der tödlichen Verstrahlungs-Gefahr, der



1993 arbeitete Günter Wallraff als iranischer Fremdarbeiter im Großraum Tokio, um für das japanische Fernsehen die unhaltbaren Arbeitsbedingungen ausländischer Tagelöhner zu dokumentieren. Dabei machte er auch eigene Erfahrungen mit der Mafia.

Tausende und Abertausende Japaner nach der Havarie ausgesetzt sind. Und er erschrickt.

Suzuki hat aber noch einen anderen Grund für seine außerordentlich riskante Recherche. Er hängt mit dem Zweck solcher Undercover-Einsätze zusammen: Nur wenn der Journalist „ganz nah heran geht" und einer der ihren wird, kann er denen auch überzeugend eine Stimme verleihen, die normalerweise in der Öffentlichkeit kein Gehör finden. Suzuki hätte sich bei seinem Einsatz in Fukushima weit entfernt von der „Hölle" aufhalten können, er war ohnehin nicht ausgebildet für die Entsorgungsarbeiten am Reaktor, so wie viele der Arbeiter auch. Schutt sollte er wegschaffen, in der zweiten Reihe. Aber er entschied sich anders, er wollte im wahrsten Sinne des Wortes, an den „Kern" heran.

Der Kern, den ein Undercover-Journalist frei legen will, ist die Lebens- und Arbeitsrealität seiner momentanen Leidensgenossen. Wenn er seinen Einsatz beendet hat, kehrt er zurück in seinen privilegierten Alltag. Will er Zeugnis darüber ablegen, was seine Kollegen in ihrem Alltag erleiden, muss er in diese andere Realität eintauchen, um sich im besten Sinne „mit einer Sache gemein zu machen".

Eine gewisse Naivität – Naivität verstanden als offene Neugier und unverstellte Leidenschaft auf „das Andere" – kann bei solchen Undercover-Einsätzen hilfreich sein. Hätte ich mich vor meinen Einsätzen als türkischer Arbeiter wirklich genauestens über die gesundheitlichen Folgen informiert, die das Arbeiten mit Schwermetallen und Giften aller Art ohne Schutzvorkehrungen hervorruft, hätte ich vielleicht gezögert oder wäre von Angst blockiert gewesen. Suzuki hat aus demselben Grund darauf verzichtet, vor seinem Einsatz in Fukushima genauestens zu recherchieren, welche Folgen auch die nur kurzzeitige atomare Verstrahlung für ihn haben könnte. Aber er wollte Zeugnis ablegen, also musste er verdrängen, was ihn an seiner Undercover-Tätigkeit gehindert hätte: das immense Risiko.

Ohne seinen Totaleinsatz hätte es dieses aufklärerische, aufrüttelnde Buch über die „atomare Hölle" von Fukushima nicht gegeben: ein eindringliches Plädoyer, mit dem Irrsinn der Atomindustrie endlich Schluss zu machen.

Inside Fukushima
Tomohiko Suzuki
Verlag Assotiation A
224 Seiten
18 Euro
ISBN 978-3-86241-458-1

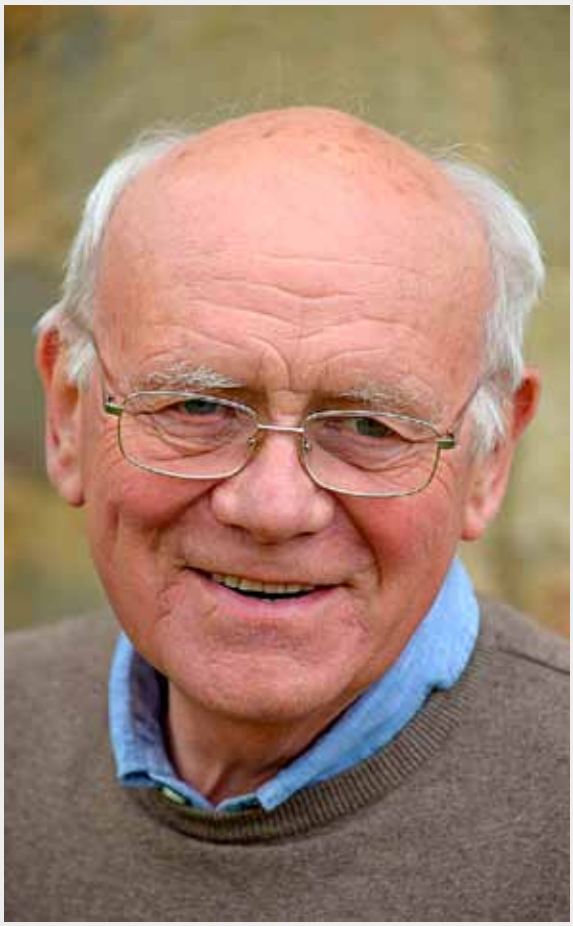
Der investigative Journalist Tomohiko Suzuki nutzte die Kanäle der japanischen Mafia, der »Yakuza«, um wenige Wochen nach der Havarie des Atomkraftwerks im März 2011 als Arbeiter bei den Aufräumarbeiten eingesetzt zu werden. In seiner Reportage deckt er die vielfältigen Verbindungen zwischen der japanischen Atomindustrie und der Yakuza auf, ermöglicht verstörende Einblicke in das unmittelbare Geschehen auf dem AKW-Gelände und berichtet von seinen Erlebnissen mit Firmen- und Yakuza-Bossen, den Arbeitern vor Ort und dem Leben in der verbotenen Zone.

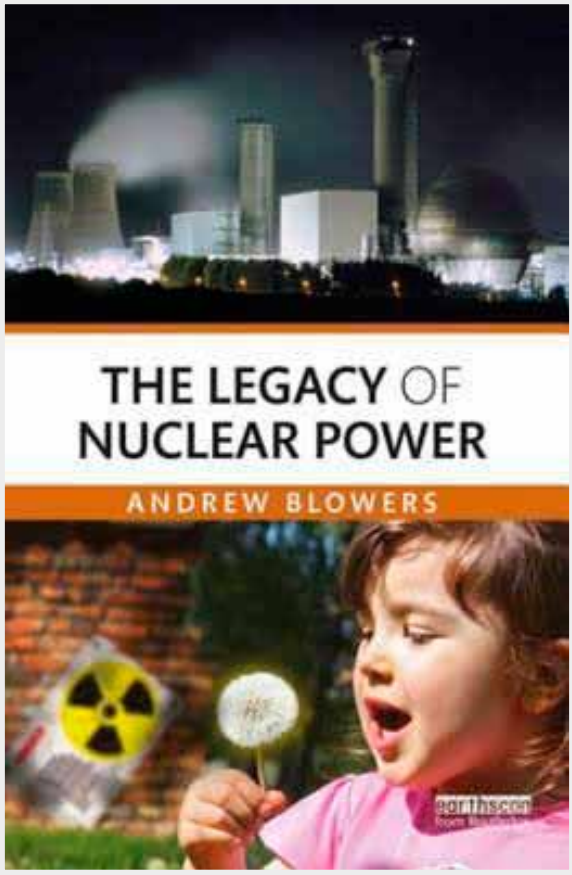
Fotos: Tepco, Verlag, Lesen ohne Atomstrom, Privat

Das Erbe der Atomkraft

Gorleben 30 Jahren lang hat der englische Politikwissenschaftler Andrew Blowers beobachtet und analysiert, wie in verschiedenen westlichen Ländern mit der nuklearen Altlast umgegangen wurde und wird. Nun ist endlich sein hochinteressantes Buch dazu erscheinen, das leider bisher nur in englischer Sprache vorliegt. Asta von Oppen hat es gelesen.

Neben La Hague in Frankreich, Sellafield im Vereinigten Königreich und Hanford in den USA, widmet Andrew Blowers in seinem Buch „The Legacy of Nuclear Power" das längste und gründlichste Kapitel Gorleben.
Aus der Sicht des atomkritischen Autors, der in einem Land lebt, das mit Hinkley Point C, gerade wieder in großem Stil auf die Atomenergie setzen will, ist die Entwicklung in Deutschland und insbesondere die Geschichte des Widerstands um Gorleben mit seiner Hartnäckigkeit, Flexibilität und Kontinuität aus seiner Sicht eine einmalige Erfolgsgeschichte. Er räumt ein, dass Gorleben als Endlagerstandort noch in Betracht gezogen wird, dass aber auf Grund der Entschlossenheit vor Ort die große Chance bestehe, zu verhindern, dass die Altlast in Gorleben bleibt.
Im Laufe seiner vielen Besuche im Wendland hat Andrew Blowers zahlreiche Akteure interviewt, vom Betriebsratsvorsitzenden Peter Ward über die Bürgermeister in Gartow und Gorleben, Vertreter der DBE, Bruno Tomauske, Klaus Kühn, Michael Sailer bis hin zu vielen Mitgliedern der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg.
Neben der sehr ausführlichen Darstellung der Geschichte von Gorleben fasziniert das Buch mit seinen theoretischen Überlegungen zur Dynamik der Machtverhältnisse zwischen der Atomindustrie und den Standortregionen. Eine zentrale These ist, dass sich Atomindustrie und Politik gezielt entlegene Regionen für ihre Atomanlagen wählen, die politisch, ökonomisch und sozial abgehängt sind. Haben sie sich an einem Standort eingenistet, versuchen sie dort möglichst viele Anlagen zu bauen und schaffen so „nukleare Oasen". Die Kommunen oder Regionen geraten in Abhängigkeit und sind dann als Atomgemeinden wiederum ideale Standorte für Endlager. Hier dient Gorleben als typisches Beispiel. Interessant für ihn ist allerdings, dass im Wendland gerade die Abgelegenheit der Region identitätsstiftend gewirkt und die Widerstandskräfte belebt hat. Den Erfolg der Bewegung sieht er in dem Zusammenwirken von traditionellen und radikalen Personengruppen im Widertand und deren Unterstützung von außerhalb.
Aufbauend auf den Protesten um Whyl und Brokdorf habe die Auseinandersetzung um Gorleben wesentlich dazu beigetragen, das Ringen um die Atomkraft zu Gunsten des Ausstiegs zu wenden. Das wäre allerdings ohne die Ereignisse in Fukushima schwieriger gewesen.
Für die aktuelle Situation gibt Andrew Blowers eindeutige Empfehlungen: Die Gesellschaft solle sich Zeit lassen, belastbare Konzepte für den Umgang mit der nuklearen Altlast zu entwickeln und sich vermehrt um eine sichere und unter Umständen deutlich längere Zwischenlagerung des Atommülls sorgen.





Andrew Blowers ist emeritierter Professor für Sozialwissenschaften an der Open University in Großbritannien. Er war als Akademiker, Politiker, Regierungsberater, nuklearer Unternehmensdirektor und prominenter Umweltaktivist tätig. Als Mitglied des ersten Ausschusses für radioaktive Abfallwirtschaft war er mitverantwortlich für die britischen Pläne zur Atommülllagerung

The Lagacy of Nuclear Power
Andrew Blowers
Verlag Taylor & Francis Ltd
278 Seiten
40,95 Euro
ISBN 978-0415869997

Kontaminiertes Verfahren

Für Greenpeace hat Mathias Edler eine Stellungnahme zur Anhörung im Bundestag verfasst

Endlagersuche Ein Blick in die bundesrepublikanische Vergangenheit zeigt, dass der Weg in die Sackgasse Endlager Gorleben, der gescheiterte Weg hin zu einer Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf, die Nutzung des inzwischen havarierten Atommüllendlagers Asse – kurz: sämtliche atompolitischen Fehlentscheidungen der vergangenen Jahrzehnte – sich auf parlamentarische Mehrheiten stützen konnten. In der politischen Frage nach der bestmöglichen Lagermöglichkeit für Atommüll, die unüberschaubar lange Zeiträume und ein kaum vorstellbares Gefährdungspotential betrifft, sind parlamentarische Mehrheiten allein *kein* Garant dafür, dass ein demokratisch im Parlament beschlossener Suchprozess zu einer „bestmöglichen" und gesellschaftlich akzeptierten Lösung führt.

Vor diesem Hintergrund hat Greenpeace bereits im November 2012 ein Konzept vorgelegt, welches „Voraussetzungen für eine verantwortungsvolle und gesellschaftlich akzeptierte Endlagersuche in Deutschland" beschreibt. Neben dem Ausschluss des geologisch ungeeigneten Salzstocks Gorleben wurden insbesondere zwei Voraussetzungen hervorgehoben: Die Entwicklung eines Suchverfahrens mit gesellschaftlicher Beteiligung *vor* Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes und die Erörterung und Entwicklung von Alternativen zum bisher verfolgten Weg der tiefengeologischen Lagerung. (...)

Bis heute verfügen wir und auch die Abgeordneten des Bundestages nicht über eine wissenschaftlich belastbare und öffentlich gut vermittelte Ausarbeitung von verschiedenen Optionen im Umgang mit dem Jahrtausende strahlenden Abfall, zwischen denen im langfristigen Umgang mit hochradioaktivem Atommüll politisch eine Wahl getroffen werden kann. Solange dies nicht gewährleistet ist, ist jeder Versuch illusionär – an welchen Standorten auch immer –, Akzeptanz bei Bürger/-innen zu finden, die sich ihr Grundrecht auf eine gesellschaftliche politische Willensbildung nicht nehmen lassen werden.

Die Kommission „Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe" hat versucht, diesen Prozess der Entwicklung und Prüfung von Alternativen zu umgehen. Kommissionsbericht und Standortauswahlgesetz (StandAG) vermitteln aber den Eindruck, es sei alles getan worden, den besten Weg für eine langfristige Lagerung insbesondere der hochradioaktiven Abfälle ermittelt zu haben. Das wäre jedoch nur der Fall, wenn andere Optionen der Lagerung mit der gleichen Intensität untersucht oder entwickelt worden wären, wie die Tiefenlagerung. Schon jetzt ist deshalb erkennbar, dass hier über die Mitglieder der Kommission hinaus kein gesellschaftlicher Konsens erreicht wurde. Einen breit getragenen gesellschaftlichen Konsens brauchen wir aber, wenn wir ein atommüllpolitisches Konzept umsetzen können wollen, ohne in einer Sackgasse wie in Gorleben zu landen. (...)

» Keine Entwicklung und ausreichende Untersuchung von alternativen Lagerkonzepten

Weltweit sind alle Tiefenlagerkonzepte für Atom- oder Giftmüll entweder bereits gescheitert oder nach nur wenigen Jahren mit großen Problemen behaftet, welche erst in Tausenden von Jahren erwartet oder von vornherein gar nicht gesehen wurden. Selbst ein langjähriger Befürworter der tiefengeologischen Lagerung – ursprünglich mitverantwortlich für das Schweizer Suchprogramm –, der Züricher Geologe Marcos Buser, hat zuletzt im Juni 2016 in einer Greenpeace-Studie ein ernüchterndes Fazit zu den bisherigen Erfahrungen mit der Endlagerung radio- und che-

Fotos: PubliXviewinG

motoxischer Abfälle im Tiefenuntergrund gezogen: „Die praktische Umsetzung des Konzepts der geologischen Tiefenlagerung mit Option auf Rückholbarkeit erscheint in der heute verfolgten Art und Weise zunehmend fragwürdig." (...)
Vor dem Hintergrund einer gescheiterten Endlagerpolitik in der Bundesrepublik, die jahrzehntelang nur auf die eine Karte „Tiefenlagerung in Gorleben" gesetzt hat, erscheint die Vorstellung deshalb geradezu naiv, dass Bürger/-innen in potenziellen Standortregionen sagen: „Ein tiefengeologisches Endlager für diese radioaktiven Abfälle muss sein, zu klären ist nur noch, wie die Bürgerbeteiligung bei den entsprechenden Suchprozessen anzulegen ist." Stattdessen werden sie fragen: „Wie ist die Entscheidung für dieses Lagerkonzept und unseren Standort begründet und legitimiert? Was waren die anderen Optionen?". Wer diese Fragen nicht zufriedenstellend beantworten kann, wird abermals am Protest scheitern. (...)

Ausgewählte Beispiele für Fehler der Verfahrensstruktur

Nur all zu leicht drohen die aufgezeigten „großen Konstruktionsfehler" des StandAG-Verfahrens im dichten Nebel der Bearbeitung der zahlreichen „kleinen Fehler" des vorliegenden Gesetzes und seiner geplanten Fortentwicklung zu verschwimmen. (...) Nichtsdestotrotz lässt sich die Tragweite der originären Konstruktionsfehler auch exemplarisch innerhalb der Logik des StandAG-Konstrukts an vielen Punkten aufzeigen. (...)

Kontamination des gesamten Verfahrens durch die Benennung nur eines Standortes: Gorleben

Das vorliegende Gesetz zur Fortentwicklung des StandAG beweist die bereits 2012 (...) befürchtete Kontamination: Sämtliche Mindestanforderungen, Ausschlusskriterien und Abwägungskriterien sind an der Frontlinie der bereits vorhandenen geologischen Kenntnisse des Standortes Gorleben formuliert worden und zwar so, dass Gorleben bis zu einer endgültigen Standortentscheidung nicht ausscheiden kann. (...)

Keine Festlegung einer Mindestanzahl von gleichrangig zu untersuchenden Standorten pro Wirtsgestein

Zwar spricht das Gesetz von einem „vergleichenden Verfahren" und „Standorten" in der Mehrzahl. Ganz abgesehen davon, dass der Vergleich nur innerhalb der vorgegebenen Option der Tiefenlagerung erfolgt, schließt das Gesetz am Ende aber nicht einmal aus, dass es eben zu keiner gleichrangigen Untersuchung anderer Standorte verschiedener Wirtsgesteine außer dem bereits erkundeten Salzstock in Gorleben kommt und der Müll zwangsläufig dort landet, wo die Datenbasis am größten ist: eben in Gorleben.

Öffentlichkeitsbeteiligung im Stil der Unterrichtung

Die Nutzung moderner Medienformate (z. B. des Internets) ersetzt keine Beteiligung von Bürger/-innen in Entscheidungsprozessen im Sinne einer demokratischen Atommüllpolitik. Moderne Bürgerbeteiligung hat nicht zum Ziel, einmal getroffene Entscheidungen zu industriellen Großprojekten konfliktärmer durchsetzen zu können, sondern muss frühzeitig stattfinden und damit Einfluss auf das Ergebnis haben können. Im StandAG-Konzept organisiert die verfahrensführende Behörde die Öffentlichkeitsbeteiligung, entscheidet allein über die „Berücksichtigung" von Stellungnahmen der so genannten Öffentlichkeit, und dieselbe Behörde soll als einzige Institution das Verfahren, dem sie selbst vorsteht, evaluieren dürfen. Michael Bauchmüller von der Süddeutsche Zeitung fasst die Auswirkungen einer auf Akzeptanz ausgerichteten Beteiligung folgendermaßen zusammen: „Wenig lässt Widerstände so verlässlich entstehen, wie das Gefühl, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Nur eins ist schlimmer: Wenn Bürgern zuvor auch noch vorgegaukelt wurde, sie hätten mitreden dürfen."

> Derzeit ist es illusorisch, zu glauben, Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern finden zu können

Mathias Edler ist Politikwissenschaftler, Atom-Experte bei Greenpeace – und Bierbrauer. Er wohnt im Wendland und unterstützt seit Jahrzehnten die dortigen Proteste gegen ein Atommülllager in Gorleben.

„Lernendes Gesetz", „reversibel", „Fehlerkorrektur"

Mit dem Argument eines sogenannten „lernenden Gesetzes", das sich während der Verfahrensdauer in der Entwicklung befände und immer wieder angepasst würde, haben Vertreter sämtlicher Fraktionen und der Kommission bisher auf Kritik reagiert und Korrekturen für die Zukunft versprochen. In der Fortentwicklung des StandAG finden sich aber über schlichte Behauptungen in der Begründung hinaus, dass es sich um ein lernendes Verfahren handele und Möglichkeiten zur Fehlerkorrektur notwendig seien, keine wirkungsvollen Elemente, die ein lernendes Verfahren ermöglichen würden. Im Gegenteil: Das Gesetz zur Neuordnung der Organisationsstruktur im Bereich der Endlagerung hat zusammen mit dem Gesetz zur Neuordnung der kerntechnischen Entsorgung zu einer Konzentration sämtlicher Entscheidungskompetenzen beim Bundesumweltministerium (BMUB) und dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) und damit der jeweiligen Bundesregierung geführt.
De facto ist der Bund Vorhabenträger, Aufsichtsbehörde und Gesetzgeber in einem Verfahren per Legalplanung.
Die allgemeinen Sicherheitsanforderungen für ein Endlager können ohne Zustimmung der Länder, ohne Konsultation eines Begleitgremiums oder gar dialogorientierter gesellschaftlicher Beteiligung allein vom BMUB per Rechtsverordnung bestimmt werden. Damit hat die Exekutive, wie in der Vergangenheit in Bezug auf

Kritik von vielen Seiten

Berlin Am 8. März wurde das StandAG in erster Lesung im Bundestag beraten. Dabei fand auch eine Erörterung von neun kritischen Expertisen vor dem Umweltausschuss des Deutschen Bundestages statt, unter anderem die unseres Autors und Greenpeace-Atomexperten Mathias Edler und eine weitere des Vorsitzenden der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, Martin Donat. Im Vorfeld der Anhörung gab es eine ganze Reihe solcher kritischen Stellungnahmen.

Als „nicht ausreichend" kritisierte der Vorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Hubert Weiger, den Entwurf für das neue Standortauswahlgesetz zur Atommülllagerung. „So kann das durch Fehlentscheidungen der Vergangenheit verlorengegangene Vertrauen in die Atommülllager-Suche nicht wieder aufgebaut werden. Es fehlen wesentliche Elemente wie ein wirksames Exportverbot für Atommüll und Maßnahmen für umfassende Transparenz." Insbesondere die Regelungen zu Bürgerbeteiligung, Rechtsschutz und Transparenz im Suchverfahren müssten dringend nachgebessert werden. Weiger forderte mehr Rechte für das Nationale Begleitgremium und die Regionalkonferenzen sowie ein öffentliches Informationsregister für alle Unterlagen des Suchverfahrens.

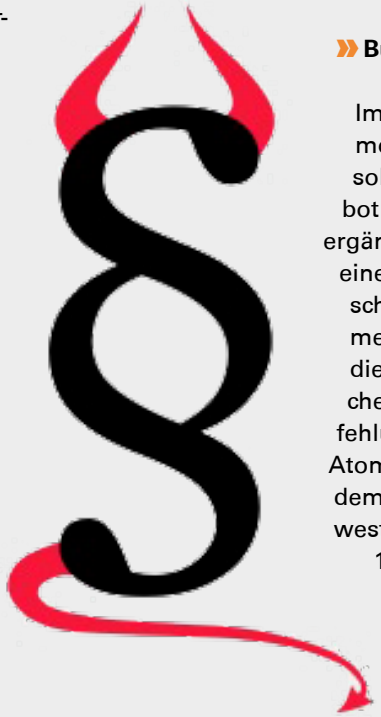
Zudem müsse das Gesetz an entscheidenden Stellen über die Vorschläge der Kommission hinausgehen, sagte Weiger, sonst werde der nötige Vertrauensaufbau für das Standortauswahlverfahren nicht gelingen können. Bislang fehle etwa eine Rechtsschutzmöglichkeit in der wichtigen ersten Phase des Standortauswahlverfahrens. Außerdem sehe der Gesetzentwurf keine Mindestzahl untertägiger Untersuchungen vor. „Dringend erforderlich ist eine verbindlich festgelegte Zahl von Erkundungen in verschiedenen geologischen Formationen wie Granit, Ton und Salz", forderte Weiger. Nur so könne sichergestellt werden, dass es trotz der jahrzehntelangen Bevorzugung von Salzgestein in Deutschland zu einem fairen Vergleich von Standorten mit verschiedenen Gesteinsarten komme.

Wichtig sei außerdem, im Gesetz eine klare Beschränkung des Suchverfahrens auf hochradioaktiven Müll zu verankern. „Das Suchverfahren für hoch radioaktiven Atommüll darf nicht mit zusätzlichem Atommüll aus der Asse oder aus der Urananreicherung belastet werden. Für nicht hochradioaktive Abfälle muss unverzüglich ein eigenes Standort-Suchverfahren gestartet werden", forderte der BUND-Vorsitzende.

Nationales Begleitgremium pocht auf Formulierung

Grundvoraussetzung für echte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sei, so steht es in der Stellungnahme des Nationalen Begleitgremiums (NBG), dass man den eventuell am Ende Betroffenen von vornherein reinen Wein einschenke. Diese müssten wissen, für welches Vorhaben ein Standort ausgewählt werden soll. Daher sei die Aufgabe des gesuchten Standorts von vornherein klar zu benennen. Nur so könne Vertrauen erarbeitet werden.

Aus der Zweckbestimmung des Gesetzentwurfs, der von einer Anlage zur Endlagerung „insbesondere hoch radioaktiver Abfälle" spricht, sei dafür das Wort „insbesondere" zu streichen. Falls allerdings tatsächlich ein Endlagerstandort für alle Arten radioaktiver Abfälle gesucht werden solle, müsse auch dies klar ausgedrückt werden, bis hin zu einer Änderung des Gesetzesnamens. In jedem Falle müssten alle an der Standortsuche Beteiligten von Anfang an eine Vorgehensweise vermeiden, die von der Öffentlichkeit als anfängliches Verschweigen und späteres Nachlegen gedeutet werden könnte. Das sei mit dem Ziel, Vertrauen aufzubauen, unvereinbar. Daher müsse im Gesetz stehen, welche Abfälle am gesuchten Standort endgelagert werden sollen. Auch welche weiteren Entsorgungsanlagen gegebenenfalls noch hinzukommen, dürften Gesetz und Akteure der Standortauswahl nicht verschweigen.



Bündnis gegen Castor-Exporte

Im Rahmen der Novellierung des StandAG, so moniert das Bündnis gegen Castor-Exporte, soll das Atomgesetz (AtG) um ein Exportverbot für Atommüll aus Forschungsreaktoren ergänzt werden. Diese Ergänzung enthalte aber eine neuartige, ungenaue Definition von Forschungsreaktoren sowie gravierende Ausnahmen, die den Export der Jülicher Castoren in die USA erlauben könnten. Damit widerspreche die Atomgesetz-Änderung der klaren Empfehlung der Endlagerkommmission, jeglichen Atommüllexport eindeutig zu verbieten sowie dem rot-grünen Koalitionsvertrag der nordrhein-westfälischen Landesregierung, in dem für die 152 Jülicher Castoren nur noch ein Transport in ein noch zu findendes Endlager vorgesehen sei. Das Bündnis forderte dagegen ein eindeutiges gesetzliches Verbot jeglicher Atommüllexporte.

BI Lüchow-Dannenberg bemängelt zu hohes Tempo

Im Eilverfahren, findet die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI), werde die Novelle des StandAG durch Bundestag und Bundesrat gepeitscht, eine Debatte bleibe auf der Strecke. „Diese Hetze ist nicht geeignet, Vertrauen in die angeblich offene Endlagersuche zu schaffen", kritisierte Sprecher Wolfgang Ehmke. Die BI hinterfragt, warum behauptet wird, dass das Gesetz ein „lernendes Verfahren" ermögliche. Denn in der Umsetzung werde weder dem Nationalen Begleitgremium, das die Endlagersuche moderieren soll, noch den Regionalkonferenzen das Recht eingeräumt, Verfahrensänderungen einzufordern. Die Möglichkeit, in diesem Endlager alle Arten von Atommüll einzulagern, sei zudem hoch problematisch. Nach 40 Jahren Fokussierung auf Salz und den Standort Gorleben sei auch nicht damit zu rechnen, dass angesichts der geschaffenen Fakten und der Aktenlage ein faires Verfahren für Gorleben zu erwarten ist. Das, so BI-Vorsitzender Martin Donat, finde auch seinen Niederschlag in der Formulierung der Sicherheitsanforderungen, die so zugeschnitten seien, dass Gorleben auf keinen Fall als Endlagerstandort rausfalle.

Gorleben, die Möglichkeit, die grundlegenden Sicherheitsanforderungen an ein Endlager an die örtlichen Gegebenheiten eines politisch gewollten Standortes anzupassen. (...)

» Handlungsempfehlung: Längerfristige Zwischenlagerung

Die logische Konsequenz einer bereits 2013 von Greenpeace empfohlenen Rücknahme des gesamten StandAG zugunsten eines tatsächlichen Neustarts in der Atommüllfrage ist nach wie vor geboten. Bundestagsabgeordnete können bei einer Frage, die über so lange Zeiträume die Sicherheit von Bürger/-innen betrifft, nicht ernsthaft in einer „Augen-zu-und-durch-Mentalität" einer Entscheidung in Richtung Tiefenlagerung zustimmen, für die es keine nachvollziehbare Begründung gibt. Wenn eine Behörde mit den Kompetenzen des BfE innerhalb einer verabschiedeten, starren Verfahrensstruktur im Gesetzesrang einmal angefangen hat, in nur eine Richtung zu arbeiten, entwickelt sich unweigerlich eine Eigendynamik, die selbst vom Parlament nur schwerlich zu kontrollieren ist. Diese Art Fehlentscheidungen haben in der Vergangenheit zu der Einlagerung von Atommüll in dem untauglichen Salzstock Asse und in die Sackgasse Gorleben geführt. (...)
Die überwiegende Mehrheit aller Experten geht inzwischen von wesentlich längeren Zeiträumen bei der Suche und Inbetriebnahme eines wie auch immer gearteten Endlagers aus, als sie der Zeitplan der Bundesregierung mit der geplanten Standortentscheidung im Jahr 2031 und der Inbetriebnahme eines Endlagers im Jahr 2050 vorsieht. (...) Damit verlängern sich, unabhängig von der Option, ob eine langfristige Zwischenlagerung nicht grundsätzlich eine Alternative zur tiefengeologischen Endlagerung sein könnte, die Zeiträume der Zwischenlagerung.
Es reicht deshalb nicht aus, darauf zu spekulieren, sämtliche Zwischenlager in der Bundesrepublik durch ein einziges Eingangslager am zukünftigen Endlagerstandort ersetzen zu wollen, da schon die Benennung eines Endlagerstandortes bis 2031 mit großen Unsicherheiten behaftet ist und im Interesse der Sicherheit die bestehenden Zwischenlager sowieso vor diesem Termin ertüchtigt oder ersetzt werden müssen: Der Ablauf der ältesten Zwischenlagergenehmigungen steht schon 2034 ins Haus.
Da heute niemand sagen kann, wie sich die Überschreitung des bisher geplanten und genehmigten Zwischenlager-Zeitraums von vierzig Jahren auf Stabilität und Integrität der Atommüll-Behälter und der in ihnen enthaltenen Brennelemente oder Kokillen auswirkt, sind neue Zwischenlagerbauwerke mit entsprechenden Wartungs- und Umverpackungseinrichtungen („Heißen Zellen") nach aktuellem Stand von Wissenschaft und Technik zu entwickeln und zu errichten. Die neuen Zwischenlager müssen so ausgelegt sein, dass sie für einen Zeitraum von mindestens 100 Jahren dafür sorgen, dass der sicherheitstechnische Zustand der Behälter sich nicht verändert. [Zudem müssen sie] ein Mehrbarrierensystem gegen mechanische und thermische Einwirkungen besitzen, die Behälter wirksam vor allen denkbaren Umwelteinflüssen schützen (Erdbeben, Überflutung, Feuer, Sturm, Starkregen etc.) [und] wirksamen Schutz vor terroristischen und kriegerischen Aktivitäten bieten.
[Schließlich muss an den Zwischenlagern] die Möglichkeit zum Öffnen der Behälter zwecks Kontrolle, Instandhaltung und Reparatur [vorgehalten werden] (so genannte „Heiße Zellen").
Ob es sich dabei um stark verbunkerte Gebäude auf der Erdoberfläche handelt, wie in den Niederlanden, oder um entsprechende Gebäude oberflächennah unter der Erde, hängt unter anderem jeweils von den regionalen Gegebenheiten ab und sollte Gegenstand von zügig zu initiierenden Forschungsprojekten sein. Um ein Transportrisiko zu minimieren, plädiert Greenpeace für die Entwicklung entsprechender Zwischenlagerbauwerke an jedem Standort, an dem heute hochradioaktive Abfälle lagern.
Da auch die so genannte Endlagerung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen bisher ungeklärt ist und sich die Probleme an nahezu allen Zwischenlagerstandorten häufen, sind diese Abfälle in oben genannte Überlegungen mit einzubeziehen.

> Es kann niemand sagen, wie sich die Überschreitung der Zwischenlager-Zeiträume auf die Atommüllbehälter auswirkt

Entgegen aller Beteuerungen favorisiert das Standortauswahlgestz den Salzstock in Gorleben als Kandidaten für ein tiefengeologisches „End"lager für hochradioaktive Abfälle.

Den Amis die Leviten gelesen

Ihr Nachname könnte in Lüchow-Dannenberg auch Bürde sein. Doch so sieht Smilla Rudek das nicht. Anja Meyer **hat sie besucht.**

Portrait Smilla Rudek aus Pretzetze ist blutjung und weltoffen – und dennoch Ur-Wendländerin. Das letzte Schuljahr hat sie in den Vereinigten Staaten verbracht. „Es war eine wunderbare Zeit", so Smilla. Ins Wendland und in ihr kleines Heimatdorf an der Elbe ist sie dennoch gern zurückgekehrt.

Die 16-jährige Oberstufenschülerin hat den Widerstand gewissermaßen in die Wiege gelegt bekommen: Die Frau Mama arbeitet im Vorstand der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg mit und ist auch sonst in allerlei Netzwerken politisch aktiv. So ist es kaum verwunderlich, dass Tochter Smilla trotz ihres jungen Alters schon einen großen widerständischen Erfahrungsschatz gesammelt hat. Wo andere am Wochenende in der Göhrde oder an der Elbe spazieren waren, hat sie Fahnen geschwenkt oder Plakate gemalt.

Smilla ist aber nicht nur an der Hand der Mutter auf Gorleben-Demonstrationen mitgegangen, sondern über all die Protestaktionen auch selbst kreativ geworden. Sie singt und spielt Klavier und Keyboard und dichtete schon als kleines Mädchen mit ihren Freundinnen politische Lieder. Mit nur 11 Jahren traute sie sich bei einer Demo in Grohnde vor rund 20 000 Atomkraftgegner/-innen aufzutreten: Sie präsentierte zusammen mit einer Freundin ein selbstgeschriebenes Anti-Atom-Lied. Die Mädchen besangen darin das Unglück von Fukushima und teilten der Welt mit, wie sie mit Atomkraftwerken umgehen würden, wenn sie nur die Macht dazu hätten: AKWs ins Klo!

Als fünfte von sechs Geschwistern gehört Menschenscheu gewiss nicht zu ihren Problemen … Bei der Fukushima-Demonstration vor zwei Jahren verlas Smilla das Grußwort aus Japan.

Auch während ihres Auslandsschuljahrs blieb Smilla politisch aktiv, schrieb ihren amerikanischen Mitschüler/-innen in einer Facharbeit über Kernkraft die wendländische Sicht der Dinge ins Gewissen. Ihre Lehrer waren begeistert und gaben ihr die Bestnote – straight A!

Smilla hat auch ihr eigentliches Hobby, das Reiten, in den Widerstand eingebracht: 2009 organisierte sie einen Wanderritt von Süthen nach Gorleben, um den Konvoi des Trecker-Trecks nach Grohnde zu verabschieden. Ihre Mutter fuhr im VW-Bus mit, Smilla musste die Schulbank drücken. Drei Tage später kam sie mit dem BI-Bus zur Demonstration nach Westfalen.

Mit ihrer Pferde-Aktion kam Smilla sogar ins Fernsehen, der Kinderkanal KiKa brachte eine Reportage über das Mädchen aus dem Wendland und den politischen Wanderritt. Nein, Medienscheu ist Smilla auch nicht. Schon als drei Jahre vorher die Bild-Zeitung anfragte, war sie zu einem Interview bereit. Da war sie acht!

Jetzt ist Smilla in der 11. Klasse und überlegt bereits, was sie nach dem Abitur studieren möchte. Jura vielleicht. Fest steht immerhin schon, dass sie zum Studieren wieder in die Ferne will. Aber ihrem Widerstand im Wendland bleibt sie ganz bestimmt treu.

Hoch hinaus wollte der Gorleben-Widerstand schon immer, und Klettern ist auch im Wendland eine gern geübte Freizeitbeschäftigung. Dabei müssen, in Ermangelung besserer Reviere, auch schon mal Bahndämme, Laternenmasten oder Fördertürme herhalten – der Hohe Mechtin mit seinen gerade einmal 142 Metern Höhe ist, obwohl der höchste, äh..., Berg des Wendlands, für ausgiebige Klettertouren nicht der rechte Ort. Schon gar nicht für Dr. Maik Thieme aus Köln und seine Schwester Bianca. „Wir sind beide über den Höllental-Klettersteig auf die Zugspitze gelangt. Start in Hammersbach. Ich erinnere mich, dass wir über neuneinhalb Stunden benötigt haben. Höhenunterschied: 2200 Meter mit Überquerung eines Gletschers. Die Wendlandfahne im Rucksack. Eine abwechslungsreiche und fordernde Bergtour – ist ja bei uns eher flach." Das Flache, lieber Herr Thieme, kennen wir hier!

Fotos: l.u.W. Lowin, Privat

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e.V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de

Aufruf

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name..... Vorname.....

Straße..... Hausnummer.....

PLZ, Ort..... E-Mail.....

Datum..... Unterschrift.....

☐ Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

☐ Ich möchte die „Gorleben Rundschau" künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Infomaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

☐ Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

☐ einmalig EUR .....

☐ monatlich EUR .....

Kontoinhaber..... Name der Bank.....

BIC..... IBAN.....

☐ Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg
IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an:
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

www.bi-luechow-dannenberg.de